WWW.DIEWIRTSCHAFT-KOELN.DE | AUSGABE 04.22

DIE WIRTSCHAFT

DAS WIRTSCHAFTS-MAGAZIN FÜR KÖLN UND DIE REGION

MOBILITÄT IM RHEINLAND

Zwischen Stillstand und vielen Bauprojekten

KÖLN UND CORONA

Selbstständige mit Einbußen

KONJUNKTUR GEDÄMPFT

Unsichere Aussichten

Illustration: max_776, tovovan, blinkblink, stockphoto-graf-stock.adobe.com

Bringen Sie Ihr Unternehmen voran: Mit der richtigen Finanzierung.

Die richtigen Investitionen zum richtigen Zeitpunkt in digitale Prozesse, nachhaltige Technologien oder neue Geschäftsfelder sichern Ihnen Wettbewerbsvorteile für die Zukunft. Jetzt Beratungstermin vereinbaren.
sparkasse-koelnbonn.de/finanzierung

Weil's um mehr als Geld geht.

Sparkasse
KölnBonn

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in einem der besten Songs von BAP, „Kristallnaach“, heißt es unter anderem:

Un dann rettet kein Kavallerie,
Keine Zorro kömmert sich do dröm,
Dä piss höchstens e’ „Z“ enn dä Schnie
Un fällt lallend vüür Lässigkeit öm:
„Na un? Kristallnaach!“

Der gute Zorro und das „Z“. Der letzte Buchstabe des Alphabets hat momentan Hochkonjunktur. Kriegsverbrecher Wladimir Putin lässt das „Z“ auf die Fahrzeuge seiner Kriegsflotte pinseln. Er will seine Panzer und Nachschubfahrzeuge unterscheidbar machen vom ukrainischen Material. Denn beide Seiten verwenden ähnliche Fahrzeuge, ein „Eigenbeschuss“ ist daher nicht ausgeschlossen. Das „Z“ taucht aber auch mehr und mehr auf russischen Privatfahrzeugen auf – ein Hinweis darauf, dass Putin auf sein Volk zählen kann?
Der offenbar gesundheitlich angeschlagene Kremlchef hat bis dato eine Blutspur hinterlassen, die sich durch Afghanistan, Tschetschenien, Syrien und die Krim zieht. Er droht gar mit dem Einsatz von Atomwaffen und scheint sich nicht zu scheuen, einen handfesten Krieg in Europa anzuzetteln. Verunsicherung im Westen hat er damit jedenfalls heraufbeschworen.
Wandel durch Handel – ein hehrer Gedanke der deutschen Politik in den vergangenen Jahrzehnten. Günstig Gas und Kohle von Russland kaufen – gerne doch. Gewiss haben die deutsche Industrie und damit wir alle von günstigen Energiepreisen profitiert. Aber damit haben wir auch, und das seit vielen Jahren erkennbar, einen – sagen wir mal verharmlosend – Aggressor potenziell in die Lage versetzt, einen handfesten Krieg in Europa zu beginnen.
Das „Z“ als Synonym der russischen Militärmaschinerie setzt sich bis nach Deutschland fort. Z wie Zögern bei der Lieferung moderner Waffensysteme in die Ukraine. Z wie Zaudern beim Verhängen von Sanktionen. Immerhin ist genug Geld freigeschaufelt worden. Ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen soll die abgewrackte Bundeswehr wieder auf die Beine bringen. Die Inflation als Folge des Krieges soll durch Entlastungen der Bürger abgefedert werden.
Beispiel 1: Das 9-Euro-Monatsticket für den ÖPNV. Gut gemeint. Nur werden dadurch die Bahnen nicht pünktlicher, aber voller, die Bahnhöfe nicht sauberer und die Anbindung ländlicher Gebiete ans urbane Leben nicht besser. Geplante Milliardeninvestitionen zur Verbesserung der Bahn-Infrastruktur müssen jetzt schnellstmöglich eingesetzt werden.
Beispiel 2: Der Tankrabatt. Eine sehr populistische Aktion, die zunächst einmal gut klingt. 30 Cent Nachlass auf den Liter Benzin – das heißt Freude an der Säule. Die allerdings schnell im Frust endet, wenn der Tanker sieht, wie die Preise bereits im Vorfeld in die Höhe schnellen. Die Ölkonzerne haben die Politik im Griff, Kraftstoff wird am Ende der Aktion vermutlich teurer sein denn je. Die Öl-Bosse lachen sich kaputt, und die Kartellbehörden machen ihrem Namen alle Ehre. Denn Kartell steht ja nicht nur für die Preisabsprachen zwischen zwei oder mehr Wettbewerbern am Markt. Es steht im weiteren Sinn auch für Kriminalität (Drogenkartell) und Mafia. Die weiteren Aussichten: zappenduster.

Herzlichst

Eugen Weis, Herausgeber

IMMER UP TO DATE
www.diewirtschaft-koeln.de

HIGHLIGHTS DIESER AUSGABE

Foto: Tobias Arhelger - stock.adobe.com

MOBILITÄT IM RHEINLAND

Zwischen Stillstand und vielen Bauprojekten

.....ab Seite 06

Foto: Koelnmesse/polisMOBILITY/Ludolf Dah-

polisMOBILITY

Neue Messeveranstaltung in Köln

.....ab Seite 12

Foto: sdecoret - stock.adobe.com

START-UPS

Mehr Gründungen

.....ab Seite 15

IMPRESSUM

Verlag und Herausgeber:
Weis Wirtschaftsmedien GmbH
Eugen Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon 0221.4743924
info@diewirtschaft-koeln.de
www.diewirtschaft-koeln.de

Objekt- und Anzeigenleitung:
Alex Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon: 0221.4743924
anzeigen@diewirtschaft-koeln.de

Redaktionsleitung:
Matthias Ehlert (ViSdP)
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
redaktion@diewirtschaft-koeln.de

Redaktion:
Matthias Ehlert *(me)*, Heribert Eiden *(he)*, Monika Eiden *(mei)*, Christian Esser (ce), Jana Leckel (jl), Astrid Waligura *(aw)*, Eugen Weis *(ew)*

Jahrgang: 7, Heft 4/2022

Auflage: 17.000 Exemplare

Fotos: stock.adobe.com, Alex Weis, Envato, sowie Kunden und privat

Druck: Druckhaus DOC
Zeißstr. 23-27, 50171 Kerpen
Telefon: 02237.9757011

Gestaltung / Layout:
amannDESIGN
Humboldtstr. 60, 51379 Leverkusen
Telefon 02171.7053860
www.amanndesign.de

© Weis Wirtschaftsmedien GmbH 2022 - Nachdruck und Vervielfältigungen jeglicher Art, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT / oder beim Verlag bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Es gelten unsere AGBs. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Unser Verlag wird beraten und rechtlich vertreten durch: Rechtsanwälte Stiletto Wilhelm & Kollegen.

Foto: terovesalainen - stock.adobe.com

ONLINE-BANKING

Smartphone-Apps immer beliebter

..... ab Seite 16

Foto: Jelena - stock.adobe.com

KÖLN UND CORONA

Wie Kölner die Krise erleben

..... ab Seite 24

Foto: grawinkel - stock.adobe.com

LANDTAGSWAHLEN

CDU und Grüne im Hoch

..... ab Seite 28

WEITERE THEMEN:

Renault zieht um S.14
Wirtschaftstreffen S.26
Koelnmesse S.31
Glasfaserausbau S.38
Kommentar Frank Überall S.42

... und vieles mehr ...

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

Hinweise: Es gilt die Anzeigenpreisliste aus November 2021. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt DIE WIRTSCHAFT keine Haftung. Für fehlerhafte oder unterbliebene Angaben übernehmen wir keine Gewähr.
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Es gelten unsere AGBs.

Copyright/ Urheberrecht: Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung von Weis Wirtschaftsmedien GmbH.
Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Datenschutz/Disclaimer: Sie finden in unserer Print-Ausgabe an verschiedenen Stellen sogenannte QR-Codes. Diese ermöglichen Ihnen mit einer App für das Smartphone oder Tablet diese einzuscannen. Daraufhin werden Sie bequem direkt zu dem jeweiligen Online-Angebot weitergeleitet. Auf unserem Internetangebot finden Sie bspw. weiterführende Infos oder können direkt an Gewinnspielen teilnehmen. Dabei erheben wir Analysedaten für statistische Zwecke und zur Verbesserung unseres Angebots, die wir bspw. durch anonymisiertes Tracking erfassen. Es werden dabei keinerlei persönliche Daten erfasst oder an Dritte weitergegeben.
Weitere Informationen und die Möglichkeiten diese Datenerhebung zu unterbinden finden Sie online in unserer Datenschutzerklärung unter: www.diewirtschaft-koeln.de/datenschutzerklaerung
Zudem können Sie direkt auf Links klicken, die sich in unserer Ausgabe befinden (z.B. im E-Paper oder der PDF-Version). Der Verlag übernimmt dabei keine Haftung für etwaige Fehler oder Irrtümer und wir weisen daraufhin, dass allein die jeweiligen Seitenbetreiber für die Inhalte verantwortlich sind.

Stand Juni 2022

Bei **AMP**, **Local Based Services**, **Responsive-Design** oder **DSGVO** stehen Sie auf dem Schlauch?

KEIN PROBLEM!

SEARCH ENGINE OPTIMIZATION (SEO)
WEBSITE-BUILDING
SOCIAL MEDIA BETREUUNG
MARKETING
DSGVO-BERATUNG
E-COMMERCE
SEARCH ENGINE MARKETING (SEM)
MOBILE APPS

Ob lokaler Dienstleister, KMU, Start-up oder Großprojekt: Mit über 10 Jahren Erfahrung in der digitalen Welt, helfen wir auch Ihnen beim erfolgreichen Auf- oder Ausbau Ihrer Online-Präsenzen.

CityNEWS

CityNEWS Verlag
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Tel.: 0221 - 47 43 923
info@citynews-koeln.de

MOBILITÄT IM RHEINLAND

Zwischen Stillstand und vielen Bauprojekten

Foto: Tobias Arhelger, stock.adobe.com

Baustellen an Kölns Brücken sind ein Dauerzustand, der noch anhalten wird

Ob zu Fuß, mit dem Rad, auf dem E-Scooter, per Bus und Bahn oder mit dem Auto – die Menschen in NRW sind ständig unterwegs und mobil. Doch hapert es an vielen Stellen. Oftmals geht es nicht mit dem Tempo voran, das sich die Verkehrsteilnehmer wünschen würden. Die Bürger in NRW stehen nämlich besonders oft im Stau oder müssen Verspätungen im ÖPNV hinnehmen und sich gerade zu Stoßzeiten in volle Züge quetschen.

Meister im Stillstand

In NRW mit seinem dichten Verkehrsnetz sind täglich zahlreiche Pendler unterwegs. Hinzu kommen zahlreiche Lkw, die sich durch das Bundesland kämpfen müssen. Häufig sind es zu viele Verkehrsteilnehmer und das führt dann zum Stillstand. Das Problem: NRW ist das Stau-Bundesland Nummer eins. Daran hat sich seit Jahren nichts geändert – im Gegenteil. Jeder dritte Stau auf Bundesgebiet ist in NRW zu verorten, genauer gesagt, 32 Prozent aller Staus. Besonders betroffen sind dabei zwei Abschnitte im Großraum Köln mit der A 3 zwischen Oberhausen und Köln sowie die A 4 zwischen Köln und Aachen. „Es muss gelingen, mehr Menschen von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dafür müssen der ÖPNV und der Schienenverkehr deutlich attraktiver werden. Engpässe auf chronisch überlasteten Autobahnabschnitten sollten zügig beseitigt werden. Schwierig ist häufig auch das Verkehrs- und Baustellenmanagement, das es weiter zu verbessern gilt. Zudem müssen zahlreiche marode Brücken rechtzeitig durch neue Bauwerke ersetzt werden, um weitere Brückensperrungen zu vermeiden“, sagt ADAC-Experte Jürgen Berlitz. Allgemein blieben aber die Stauzahlen im Jahr 2021 weiterhin unter Vor-Corona-Niveau.

Eigentum verpflichtet

Besonders groß sind die Sorgen mit Blick auf die Brücken in NRW. Zahlreiche Bauwerke sind marode. Die Bauwerke, die häufig ein halbes Jahrhundert oder noch länger existieren, sind häufig nicht den Belastungen gewachsen, wurden oft gar nicht oder nur zögerlich modernisiert und saniert. Das führt für Auto- und Lastkraftfahrer seit Jahren zu großen Problemen. Zahlreiche Brücken können nur noch teilweise benutzt werden. Insbesondere Fahrzeuge mit einem Gewicht von über 3,5 Tonnen müssen große Umwege in Kauf nehmen. Dies gilt nicht nur für Autobahnbrücken, sondern auch für kommunale Brückenbauwerke. Das Paradebeispiel der Region ist dabei die Leverkusener Brücke, die bereits seit Jahren nur noch eingeschränkt benutzt werden kann. Hier läuft bereits der Neubau. Ähnlich sieht es mit der Mülheimer Brücke aus. Diese wird aktuell generalsaniert. Das Projekt soll bis Mitte 2026 fertiggestellt werden. Doch die Kosten für das Bauprojekt sind längst regelrecht explodiert. Ursprünglich sollten die umfassenden Baumaßnahmen für die Mülheimer Brücke deutlich weniger kosten. Wie die Stadt Köln im März 2022 mitteilte, wachsen die Kosten allerdings drastisch an. Das Budget liegt dabei mittlerweile über 300 Millionen Euro. Im September 2017 hatte der Stadtrat das Projekt mit Kosten in Höhe von etwa 188 Millionen Euro veranschlagt und verabschiedet. Darin waren bereits 15 Prozent als möglicher Risikozuschlag auf die Planungssumme vorgesehen. Ursprünglich gab es Planungen, dass das Projekt lediglich 39 Millionen Euro kosten sollte. Die tatsächlichen Kosten werden nun mindestens achtmal höher liegen. Mit dem Abschluss der vierten Bauphase, mit der im Anschluss sämtliche Verkehrseinschränkungen fallen sollen, wird nicht vor Mitte 2026 gerechnet. Doch die Stadt will aus diesem Fall ihre Lehren ziehen, dass künftig „bereits im Zuge der Planung noch umfangreichere Bestandsanalysen als bisher durchgeführt werden müssen, um realistischere Baukosten und Bauzeiten angeben zu können“. Die Stadtverwaltung

Illustrationen: max_776, tovovan, blinkblink, stockphoto-graf - stock.adobe.com

werde dieses Prinzip in Zukunft verfolgen. Beide Brücken, sowohl die Leverkusener Brücke als auch die Mülheimer Brücke, sind derzeit nur für Pkw mit einem Gewicht von unter 3,5 Tonnen benutzbar. Eine Alternative stellt für viele mit schweren Fahrzeugen die Zoobrücke/Stadtautobahn dar. Hier liegt die Gewichtsbeschränkung bei maximal 30 Tonnen Gesamtgewicht. Neben den zahlreichen Brückenprojekten, in NRW, wo es darum geht, dass Autos und Lkw bald wieder ganz „normal“ Flüsse und Täler passieren können, gibt es auch erheblichen Bedarf bei Eisenbahnbrücken. Der Nachholbedarf ist dort ebenfalls groß. Die künftige NRW-Landesregierung und auch der Bund stehen vor großen Aufgaben, damit der Mobilitätsmotor in diesem Bundesland nicht weiterhin so ins Stocken gerät. „Gute Mobilität ist Wirtschaftsfaktor und garantiert den Menschen Wohlstand und soziale Sicherheit. Die Landesregierung stellt Rekordsummen für den Erhalt von Verkehrsinfrastruktur bereit, damit unsere Straßen in Schuss sind. Niemals zuvor war es wichtiger, dass wir schneller werden bei Sanierung und Ersatzbau von Brücken und Straßen“, sagte NRW-Verkehrsministerin Ina Brandes im Rahmen der „Tempo-Woche“ in diesem März.

Brückengipfel schafft Erkenntnisse

Ebenfalls im März 2022 gab es einen „Brückengipfel“, bei dem das Bundesministerium für Digitales und Verkehr ein „Zukunftspaket leistungsfähige Autobahnbrücken“ vorgelegt hat. Ein 9-Punkte-Zukunftspaket soll dazu beitragen, dass in Zukunft die Autobahnbrücken wieder leistungsfähiger werden. Dazu soll es neue Kriterien für eine bessere Zustandserfassung geben, moderne Brücken, die eine leistungsstarke Infrastruktur ermöglichen, bessere Planung und schnellerer Bau, längere Nutzungszeiten und geringe Kosten, weniger Bürokratie und stattdessen mehr Digitalisierung, effizientere Auftragsvergaben mit schnellerer Umsetzung, gemeinsam handeln mit geringen Kosten, Dialog statt Konfrontation und zudem beste Fachkräfte für eine moderne Infrastruktur. „Unser Land ist auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Moderne Brücken sind ein ganz wesentlicher Teil davon. Der Zustand, in dem ich die Infrastruktur bei Amtsübernahme vorgefunden habe, ist nicht zufriedenstellend. Wir wollen nach vorne schauen und zielgerichtet effektive Maßnahmen einleiten und diese zügig und bürgerfreundlich umsetzen, damit unsere Verkehrsinfrastruktur modern und zukunftssicher bleibt“, so Bundesverkehrsminister Wissing. Er ergänzt: „Unsere Maßnahmen für leistungsfähige Autobahnbrücken zeigen einen Weg auf, wie wir dieser Zukunftsaufgabe gerecht werden können. Wir setzen neue Prioritäten, um die Modernisierung der Brücken strategisch und in der sinnvollsten Reihenfolge anzugehen. Wir erhöhen finanzielle Mittel und starten frühzeitig den Dialog mit allen Beteiligten. Wir beschleunigen, digitalisieren und vereinfachen Planungen, Verfahren und Abstimmungen. All diese wichtigen Bausteine haben am Ende ein klares Ziel: Wir wollen die Brückenmodernisierung deutlich beschleunigen!“

Alternativen zum Auto

Fast alle politischen Parteien sind sich einig in ihrem Ziel, dass mehr Menschen von der Straße auf die Schiene umsteigen sollen, dies gilt auch für Warentransporte. Auf kommunaler, landes- und bundesweiter Ebene gibt es zahlreiche Projekte. In Köln gibt es beispielsweise das Strategiepapier „Köln mobil 2025“. Das Ziel: Der vorhandene Straßenraum für den motorisierten Individualverkehr (MIV) soll deutlich reduziert werden und stattdessen neue Funktionen erhalten. Eine moderne, leistungsfähige Mobilität soll erhalten bleiben und gleichzeitig Ziele für den Klimaschutz und Luftreinhaltung erreicht werden. Die Politik wirbt für einen Umstieg auf alternative Antriebsarten und will die Menschen zum Umstieg von Verbrennungsmotoren auf Elektroantriebe bewegen. Zudem gibt es eine klare Wasserstoffstrategie, die ebenfalls als klimafreundlich gilt. Auch wird verstärkt dafür geworben, dass Menschen neben dem ÖPNV aufs Rad umsteigen. Seit Jahren arbeitet Köln daran, das Radverkehrswegenetz auszubauen – doch fehlt es immer noch an vielen Hauptstraßen und Abschnitten gänzlich Möglichkeiten, sicher mit dem Rad von A nach B zu gelangen. Darüber hinaus stehen seit einigen Jahren auch vermehrt andere Mobilitätsmöglichkeiten zur Verfügung wie E-Scooter zur Miete. Doch auch hier gibt es regelmäßig großen Ärger. Zahlreiche Scooter mussten aus dem Rhein gefischt werden, außerdem stehen sie immer noch viel zu häufig auf Gehwegen mitten im Weg und nerven damit Passanten und Anwohner. Auch hier müssen Anbieter und Stadt die bisherigen Konzepte weiter nachschärfen und den Benutzern deutlicher aufzeigen, wo die Fahrzeuge nach der Fahrt abgestellt werden können und wie man das so macht, dass sich daran niemand stören muss. Als Ergänzung, um beispielsweise von der Stadtbahnhaltestelle die restliche Wegstrecke z. B. nach Hause zu bestreiten, stellen die E-Scooter nämlich eine praktische Ergänzung zum vorhandenen Mobilitätsmix dar.

Christian Esser

Foto: william87 - stock.adobe.com

Köln ist mit dem Rad unterwegs...

Foto: beqa - stock.adobe.com

... und mit der Straßenbahn

Foto: Christoph Seelbach / Kölner Verkehrsbetriebe AG

FAHR MAL MIT DEN „ÖFFIS“

Chancen für den ÖPNV in der Region und kommende Großprojekte

Mal schnell in die Straßenbahn zum Shopping in die Innenstadt, täglich den Weg zur Arbeit bestreiten – der ÖPNV ist eine tragende Säule, wenn es um Mobilität im Rheinland geht. Doch bisher haben hohe Ticketpreise und auch zahlreiche Verspätungen auf den Strecken viele Menschen davon abgehalten, Bus und Bahn dauerhaft zu nutzen. Günstigere Preise und ein massiver Ausbau des Angebots könnten aber bei einigen zum Umdenken führen.

9-Euro-Ticket als Verkaufsschlager

Drei Euro für eine Fahrt innerhalb Kölns – ein ganz schön happiger Preis. Im deutschlandweiten Vergleich ist man in Köln und Bonn, wo gesonderte Regionaltarife im VRS gelten, auf „Apothekerpreisniveau“ unterwegs. Allerdings gibt es durch das Entlastungspaket des Bundes nun eine kostengünstige Alternative. Denn: seit dem 1. Juni gibt es das 9-Euro-Ticket. Dies ermöglicht deutschlandweit die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel mit Ausnahme von Fernverkehrszügen und -bussen. Als Teil des Entlastungspakets, mit dem der Bund die gestiegenen Kosten bei Benzin und Diesel für die Bürger abfedern möchte, können alle Menschen auf das besondere Angebot zurückgreifen. Im Juni, Juli und August ist das Ticket verfügbar und soll mehr Menschen vom ÖPNV überzeugen. Schon vor dem Start wurde das 9-Euro-Ticket millionenfach gekauft. Allein über die KVB wurden schon über 100.000 Tickets verkauft und es werden vermutlich noch mehr werden. Sowohl für Menschen, die gerne in der Freizeit einen Ausflug machen möchten, als auch für Berufspendler ergibt sich damit ein erhebliches Einsparpotenzial. Auch für diejenigen, die nur hin und wieder mal mit Bus und Bahn unterwegs sind, lohnt sich das Ticket. Ein Monatsticket für Fahrten in Köln (VRS-Preisstufe 1B) kostet normalerweise 109,70 Euro (ohne Abo) und 89,40 Euro (im Abo). Das 9-Euro-Ticket ist an Ticketautomaten oder per App erhältlich. „Wir hoffen, dass viele Menschen die Chance nutzen werden, um auf diese preiswerte und sehr unkomplizierte Art und Weise den öffentlichen Nahverkehr zu testen und seine Vorzüge kennenzulernen. Wir empfehlen allen, ein Abo abzuschließen, um zusätzliche Vorteile nutzen zu können“, sagt KVB-Vorstandsvorsitzende Stefanie Haaks und fügt hinzu: „Wir freuen uns sehr, dass durch diese Aktion nach der Coronapandemie der Fokus wieder stärker auf die Bedeutung des ÖPNV für den Umwelt- und Klimaschutz und seinen Beitrag zur Verkehrswende gerichtet wird. Es ist zu erwarten, dass unsere Busse und Bahnen wieder voller werden. Aber wir sind nach den Fahrgasteinbrüchen durch Corona noch ein Stück von einer Vollauslastung entfernt und haben daher noch Kapazitäten in unseren Fahrzeugen. Zudem fällt ein Teil der Aktion in die Sommerferien, in denen generell weniger Pendler unterwegs sind. Wir freuen uns also über alle, die Bus und Bahn ausprobieren.“ NRW-Verkehrsministerin Ina Brandes betont die Bedeutung des ÖPNV in NRW: „Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat sauberer Mobilität. Deshalb setzt sich Nordrhein-Westfalen mit einer eigenen ÖPNV-Offensive seit Jahren dafür ein, mehr Menschen vom Umstieg in Busse und Bahnen zu überzeugen. Auch das 9-Euro-Ticket kann die Attraktivität des ÖPNV erhöhen. Ein herzliches Dankeschön an alle Aufgabenträger, Verkehrsverbünde und Verkehrsunternehmen für ihr Engagement: Sie haben gezeigt, dass Nordrhein-Westfalen jederzeit in der Lage ist, Aktionen wie ‚9 für 90‘ schnell umsetzen zu können.“ Brandes weiter: „Zugleich müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass das Bus- und Bahnfahren langfristig attraktiv bleibt. Nur mit starken Angeboten wie Zugverbindungen in höherer Taktung

Illustrationen: max_776, tovovan, blinkblink, stockphoto-graf - stock.adobe.com

oder neuen Schnellbuslinien wird es gelingen, dauerhaft mehr Fahrgäste zu gewinnen. Deshalb werden wir weiterhin beim Bund um mehr Geld kämpfen, um die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Nahverkehrs abzusichern."

Klimafreundlicher ÖPNV

Mit dem 9-Euro-Ticket wollen Bund und Länder mehr Menschen von der klimafreundlichen Alternative ÖPNV überzeugen. Doch damit der ÖPNV auch tatsächlich so richtig klimafreundlich wird, braucht es entsprechende Fahrzeuge. Der Bund unterstützt dabei regionale Verkehrsunternehmen und Gesellschaften mit rund 600 Millionen Euro, damit klimafreundliche Busse beschafft werden können. Mit der „Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr" sollen insgesamt rund 1.700 klimafreundliche Busse beschafft werden, davon etwa 1.400 Batterie-, 150 Brennstoffzellen-, 50 Oberleitungs- und 100 Gas-Busse. Darüber hinaus soll auch die dazugehörige Wartungs- und Ladeinfrastruktur gefördert werden. Eins von acht Verkehrsunternehmen, die mit dem Geld vom Bund gefördert werden sollen, ist die Regionalverkehr Köln GmbH, die einen Förderbescheid über 108 Brennstoffzellenbusse erhielt. „Gerade in Städten, in denen viele Busse unterwegs sind, können alternative Antriebe enorm dazu beitragen, den CO2-Ausstoß, den Schadstoffausstoß und den Lärm zu reduzieren – und damit die Lebensqualität zu erhöhen. Daher unterstützen wir gezielt die Umstellung von Dieselbussen auf alternative Antriebe. Künftig werden 1.700 klimafreundliche, leise, hochmoderne Busse deutschlandweit unterwegs sein – und der fahrende Beweis dafür sein, dass moderne Mobilität ein Gewinn für Bürgerinnen und Bürger, das Klima und die Wirtschaft ist. Unser Ziel ist, dass 50 Prozent der Stadtbusse bis 2030 mit alternativen, klimafreundlichen Antrieben unterwegs sind. Es freut mich, dass die Verkehrsunternehmen diese große Herausforderung gemeinsam mit uns angehen", sagt Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Die Freude bei der RVK ist groß: „Durch die Förderung durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr und die zügige Ausschreibung kommen wir unserem Ziel ‚Null Emission' mit großen Schritten näher", so Marcel Frank, Geschäftsführer der RVK, und fügt hinzu: „Wir freuen uns auf die baldige Lieferung der Solaris Busse und darauf, mit Wrightbus als einen weiteren Hersteller neue Erfahrungswerte zu sammeln – dies ist bei der Umstellung unserer Flotte von großer Bedeutung."

Köln baut Angebote aus

Damit nicht nur wegen des 9-Euro-Tickets wieder mehr Menschen den ÖPNV in der Region nutzen, gibt es einige Projekte, mit denen der regionale Nahverkehr in der Region gestärkt werden soll. So soll die Stadtbahnlinie 7 verlängert werden, um einen Verknüpfungspunkt innerhalb des Stadtbahnprojekts Bonn-Niederkassel-Köln sicherzustellen. Ein Nutzen-Kosten-Indikator zeigt an, dass das Projekt volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Darüber hinaus soll die Stadtbahnlinie 17 weiter ausgebaut werden. Der Verknüpfungspunkt zwischen

Foto: nmann77 - stock.adobe.com

den Linien 7 und 17 soll auf Höhe der Stadtgrenzen zwischen Niederkassel und Köln entstehen. Für den Ausbau der Linie 17 ist zudem eine eigene Rheinbrücke geplant. Diese soll unabhängig vom geplanten Brückenbauwerk für die Rheinquerung der A 553 entstehen. Die Linie 17 soll nach der Rheinquerung nach derzeitigen Plänen rechtsrheinisch bis nach Bonn verlängert werden. Damit gäbe es nach Vollendung des Projekts dann drei Stadtbahnlinien, die Bonn und Köln miteinander verbinden (außer der Linie 17 die Linien 16 und 18, die jeweils linksrheinisch verlaufen). So lautet zumindest der Vorschlag. Bis das Projekt allerdings komplett vollendet sein wird, wird es noch einige Jahre dauern. Noch in diesem Juni soll der Rat der Stadt Köln die Vorlage beschließen, auch der Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Bonn wollen zeitgleich entsprechende Vorlagen in ihre politischen Gremien einbringen und beschließen.

Neben der Nord-Süd-Bahn rund um die Linien 7 und 17 plant die Stadt Köln auch eine Kapazitätserweiterung der Ost-West-Achse. Die Kölner Stadtverwaltung und die KVB wollen die Infrastruktur für eine leistungsfähigere Stadtbahnlinie 1 ausbauen. Derzeit laufen Arbeiten für fundierte Vorplanungen zur Neugestaltung der Ost-West-Achse. Dazu werden an mehreren Haltestellen Suchgräben ausgezogen. Daher ist vor allem im Juni mit einigen Einschränkungen an der Aachener Straße zu rechnen. Die Erweiterung der Ost-West-Achse ist neben der Nord-Süd-Bahn das größte Verkehrsprojekt der Stadt. Eine Entscheidung, welche Variante, also ob die Stadtbahnlinie oberirdisch oder unterirdisch verlaufen soll, wird für das dritte Quartal 2022 erwartet. Egal, welche Variante letztlich umgesetzt wird, bis die Bauarbeiten wirklich so richtig starten können, wird es noch eine ganze Weile brauchen.

Christian Esser

Foto: Alex Weis

Die KVB wollen das Angebot und Strecken ausbauen

GEFÄHRLICHES ERLEBNIS FÜR FUSSGÄNGER

Kölner Fußgänger fühlen sich besonders unsicher auf den Gehwegen

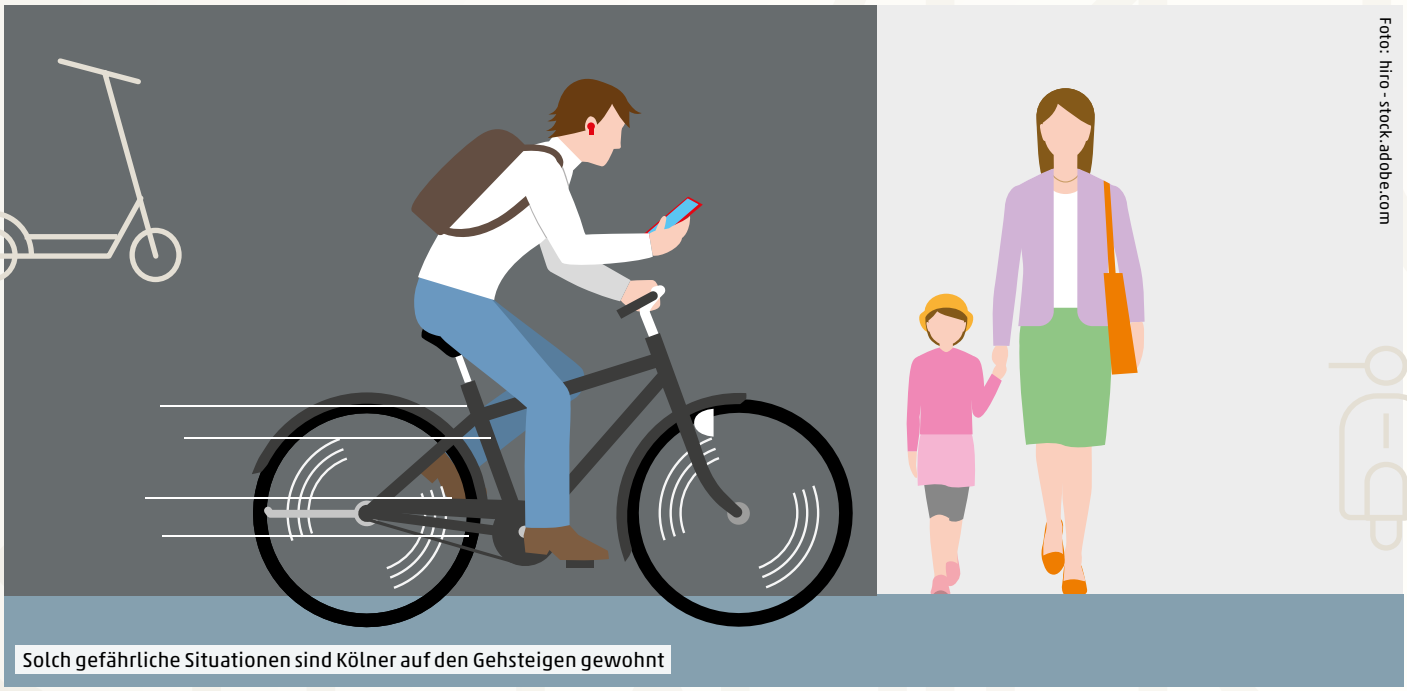


Foto: hiro-stock.adobe.com

Solch gefährliche Situationen sind Kölner auf den Gehsteigen gewohnt

Gehe ich aus der Eingangstür hinaus, schaue ich vorher einmal kurz nach rechts und nach links. Wieso? Schon häufiger musste ich Radfahrern ausweichen, die über den Bürgersteig bretterten und mich umgenietet hätten, wenn ich nicht schnell wieder einen Schritt zurück gemacht hätte. Kommt Ihnen das bekannt vor?

Wenn man den Ergebnissen einer Umfrage des ADAC glaubt, dann geht es zwei von drei Kölnern so. Denn Fußgänger in Köln zu sein, ist offenbar eine gefährliche Sache. Im Oktober 2021 veröffentlichte der ADAC die Ergebnisse einer Umfrage. Das Ergebnis: Von den 16 untersuchten Großstädten war Köln die Stadt, in der sich Fußgänger am unsichersten fühlten. Besonders häufig geben Fußgänger an, dass Radfahrer unerlaubt auf den Gehwegen fahren. 66 Prozent monierten dies. Verwunderung darüber kommt aber nur selten auf. Denn Radfahren in Köln ist an vielen Stellen nicht ganz ohne. Viele, auch große Hauptverkehrsstraßen verfügen kaum über eine nötige Infrastruktur für Radfahrer, die sich die Straße mit Pkw und Lkw teilen müssen. Vorgeschriebene Abstände beim Vorbeifahren sind schon aufgrund der baulichen Voraussetzungen teils kaum bis gar nicht einzuhalten. Radfahrer, Autos und Lkw kommen sich daher viel zu oft viel zu nah. Kein Wunder, dass viele Radfahrer deshalb auf die Bürgersteige ausweichen, wo es ihnen deutlich sicherer erscheint. Doch es gibt noch weitere Probleme für Fußgänger, beispielsweise mitten auf den Gehwegen abgestellte E-Scooter und Fahrräder, an denen man sich vorbeimogeln muss. 62 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich darüber ärgern. 60 Prozent sagen, dass Radfahrer mit einem zu geringen Abstand überholen. 46 Prozent geben eine schlechte Sicht an Kreuzungen durch parkende Autos als Problem an. Oder anders ausgedrückt: Nur etwa 37 Prozent der befragten Kölner fühlen sich sicher, wenn sie zu Fuß unterwegs sind. Roman Suthold vom ADAC Nordrhein führt dies darauf zurück: „Die Stadt hat die Bedürfnisse von Fußgängern bei der Verkehrsplanung jahrelang vernachlässigt. Gehwege und Überwege sind teilweise total veraltet. Da ist zu wenig passiert. Deswegen ist die Frustration heute auch so groß."

Das Problem, mit dem viele Großstädte umgehen müssen, ist, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere für Autos wieder aufgebaut wurden. Hauptsache war hier, dass der Pkw-Verkehr nach Möglichkeit reibungslos fließen konnte. Die Bedürfnisse von Fußgängern oder Radfahrern waren da nicht so wichtig. Doch zunehmend hat ein Umdenken eingesetzt. Dies bestätigt auch der ADAC in seiner Studie, wie Suthold erklärt: „Inzwischen unternimmt die Stadt mehr Anstrengungen, aber die aufgestauten Probleme lassen sich nicht von heute auf morgen beheben. Den Investitionsstau in Sachen Straßeninfrastruktur spüren nicht nur Radfahrer und Autofahrer, sondern auch Fußgänger."

Doch Köln möchte sich verbessern und deutlich aktiver auf die Belange von Fußgängern eingehen. Daher gibt es seit März 2022 auch einen Fußverkehrsbeauftragten. Nico Rathmann wurde mit der neu geschaffenen Aufgabe betraut. „Aus meiner Sicht steckt in der Förderung des Fußverkehrs viel Detailarbeit. Gerade für mobilitätseingeschränkte Personen kann eine Kleinstmaßnahme einen Quantensprung bedeuten, da diese Personen oft nur ein gewisses Mobilitätsbudget zur Verfügung haben, teilweise nur 1.000 Meter pro Tag. Deshalb können viele kleine Verbesserungen für diejenigen, die zu Fuß gehen, einen wirklich signifikanten Unterschied im Mobilitätsverhalten erzielen", so Rathmann bei seiner Vorstellung im März 2022.

Illustrationen: max_776, tovovan, blinkblink, stockphoto-graf-stock.adobe.com

Radfahren als Lösung?

Nicht nur die Lage für Fußgänger soll sich künftig verbessern. Die Stadt Köln arbeitet seit Jahren daran, dass sich auch die Bedingungen für Fahrradfahrer verbessern. Immer wieder werden neue Projekte und Radwege realisiert. Während einige Projekte, beispielsweise mit Markierungen im unmittelbaren Umfeld großer Kreuzungen, ein bisschen wie ein „Alibi-Radweg“ wirken, gibt es zahlreiche weitere Projekte, die tatsächlich einen Mehrwert schaffen und die Situation für Radfahrer deutlich verbessern. So wurde in den letzten Jahren gerade im Innenstadtbereich beispielsweise rund um den Hohenzollernring viel unternommen, um die Möglichkeiten für Radfahrer und Fußgänger zu verbessern. Köln sichert sich zudem regelmäßig Fördergelder für den weiteren Ausbau. Dazu zählt als aktuelles Projekt die Förderung eines Ersatzbaus für die in die Jahre gekommene Brücke über den Escher See, die Teil des Fuß- und Radwegenetzes des Stadtteils Esch ist. Vom Land NRW gab es hierfür einen Förderbescheid von über 550.000 Euro, der der Stadt Köln überreicht wurde.

Zudem möchte Köln sich als Lastenradhauptstadt etablieren. Bis 2024 werden Lastenräder jährlich mit 500.000 Euro gefördert. „Ich freue mich über die ungebrochen hohe Nachfrage nach der Lastenradförderung, die die Stadt Köln anbietet. Die rund 1.350 Lastenräder mit einem Fördervolumen von 2,9 Millionen Euro sind ein Indiz für den hohen Bedarf an dem Verkehrsmittel Lastenrad. Jedoch haben nicht alle Kölnerinnen und Kölner die Möglichkeit, sich ein eigenes Lastenrad anzuschaffen. Wir sind davon überzeugt, dass eine Ergänzung des KVB-Leihradangebotes um Lastenräder sinnvoll ist und das Angebot an nachhaltigen Mobilitätsalternativen attraktiver machen wird“, sagt Ascan Egerer, Beigeordneter für Mobilität der Stadt Köln. Im Sommer 2022 soll das Lastenradförderprogramm starten. Geplant sind in einem Pilotversuch ab Herbst 2022 zunächst zehn Stationen mit 15 Lastenrädern in den Stadtteilen Nippes und Deutz. Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, beispielsweise auf ein Lastenradverleihsystem zuzugreifen, das in den VRS-Tarif integriert wird. ÖPNV-Abokunden bekommen dann mindestens 90 Freiminuten pro Woche gewährt. So sollen beispielsweise künftig häufiger Wocheneinkäufe bequem mit dem Lastenrad erledigt werden. Im ersten Halbjahr 2023 soll der Kölner Stadtrat dann über eine Beschlussvorlage entscheiden, wo über einen stufenweisen Aufbau eines dauerhaften, stadtweiten KVB-Lastenradverleihsystems abgestimmt werden soll. Von der bisherigen Lastenradförderung, die es seit 2019 gibt, haben bisher die Stadtbezirke Innenstadt, Rodenkirchen, Lindenthal, Nippes und Ehrenfeld besonders profitieren können. Dort wurden bisher besonders viele Anträge für eine Lastenradförderung bewilligt.

Christian Esser

Anzeige

DAMIT GÜTER IMMER SICHER ANKOMMEN

Peter Krings GmbH & Co. KG

Dieser Herausforderung stellt sich die Peter Krings GmbH & Co KG, Export- & Schwergutverpackung, Lager- & Versandlogistik, mit Standorten in Stolberg und Eschweiler. Die Fa. Peter Krings ist der richtige Ansprechpartner, wenn es gilt, hochwertige Industriegüter innerhalb kürzester Zeit für den weltweiten Versand vorzubereiten. Mit hohem Fachwissen und kompetentem Personal unterstützt der Verpackungsspezialist seine Industriekunden, bis die Güter sicher verpackt im Hafen verladen werden. Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Flexibilität, individuelle Maßanfertigung sowie Full Service von Beratung zum Versand sind dabei selbstverständlich.

Zum Leistungsprogramm gehören beispielsweise Export- und Schwergutverpackungen mit Korrosionsschutz bis zu 24 Monaten, Verpackung in Kisten, auf Transportböden und -schlitten, Gefahrgutverpackungen nach ADR/IMDG sowie Lkw-Verladungen und Ladungssicherung. Für die Lagerung der Kundengüter stehen jeweils 25.000 Quadratmeter Freifläche sowie beheizbare Hallenfläche mit Krananlagen bis 40 Tonnen zur Verfügung. Bei der Weiterbeförderung arbeitet Krings mit Großspeditionen zusammen.

Exportverpackung
Schwergutverpackung
Lager- & Versandlogistik

WERTE SCHÜTZEN mit Sicherheit nach Maß

Der ungebrochene Trend zur Globalisierung erfordert schnelle Reaktion, kurze Produktionszyklen, hohe Flexibilität – und Perfektion im Versand. Wir sind Ihr Partner,wenn es darum geht, hochwertige Industriegüter innerhalb kürzester Zeit für den weltweiten Versand zu verpacken. Mit Fachwissen und kompetentem Personal unterstützen wir unsere Kunden von der Verpackungsberatung über Auftragsabwicklung bis hin zum Versand an den Bestimmungsort. 50.000m2 Hallen- Freifläche sowie Krananlagen bis 40 Tonnen stehen zur Verfügung.

Peter Krings

Profitieren Sie von über 160 Jahren Erfahrung. Ihre Güter haben es verdient.

Seit 1860. Damit Ihre Güter sicher ankommen.

52222 Stolberg-Gewerbepark Münsterbusch · Tel. +49 (0) 2402 / 95 20-0 · www.peter-krings.de

ERFOLGREICHE PREMIERE

Mobilitätsmesse polisMOBILITY zieht 15.000 Besucher an

Foto: Koelnmesse/polisMOBILITY/Ludolf Dahmen

Eröffnung der polisMOBILITY 2022. Rede von Henriette Reker.

Die polisMOBILITY hat eine erfolgreiche Premiere in der Koelnmesse gefeiert. 140 Aussteller aus neun Ländern präsentierten ihre innovativen Konzepte und Lösungen rund um das Thema Mobilität. Auch in Zukunft will das Messeformat die Diskussionsplattform für die Mobilitätswende sein. Vier Tage lang wurde der Frage nachgegangen, wie zukünftig Mobilität in Städten und Regionen gestaltet werden kann. Rund 15.000 Besucher aus 30 Ländern waren bei der Premiere zu Gast.

Oliver Frese, Geschäftsführer der Koelnmesse GmbH: „Mit unserem modernen Eventkonzept haben wir den Nerv der Branche getroffen. Wir bieten als erste und einzige Messegesellschaft in Deutschland die notwendige Plattform für den branchenübergreifenden Blick, auf der alle Player zusammenkommen, um die Mobilitätswende mit Leben zu füllen.“ Der Deutsche Städtetag war Schirmherr der diesjährigen polisMOBILITY. Im kommenden Jahr, wenn es die zweite Auflage der Messeveranstaltung geben soll, wird diese zeitgleich zur Vollversammlung des Gremiums stattfinden. „Das ist ein starkes Zeichen und gibt uns Rückenwind. Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir die polisMOBILITY auf ein noch höheres Level entwickeln. Sowohl das Feedback der Aussteller und Besucher als auch Gespräche mit Partnern zeigen schon jetzt, wohin die Reise gehen wird: Wir werden dazu kommen, Fortbewegungsmittel sinnvoll und effizient zu nutzen statt zu besitzen. Der Schlüssel ist die Intermodalität. Damit haben wir das richtige Konzept zur richtigen Zeit“, so Frese.

Mobilitätswende kommt

Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker stellte klar, dass es an der Mobilitätswende keinen Weg mehr vorbei geben wird: „Die Mobilitätswende ist nötig und sie wird kommen – das steht außer Frage. Mit der polisMOBILITY hat die Stadt Köln in Partnerschaft mit der Koelnmesse bereits bei der Premiere des neuen Messeevents einen wichtigen Meilenstein für den Austausch zu dieser zentralen Herausforderung der Zukunft geschaffen.“ Die Messe hat sich inhaltlich auf drei sich ergänzenden Säulen aufgestellt: Exihibition, Exchange und Experience. Die viertägige Veranstaltung bot viele Möglichkeiten für Diskussionen und Networking und wurde durch interaktive Vortrags- und Eventflächen ergänzt. Zu den 140 Ausstellern gehörten sowohl Global Player als auch Start-ups. Auf drei Bühnen wurde ein Diskursraum für einen offenen fachlichen Austausch geboten. Etwa 200 Speaker referierten über die ganze thematische Bandbreite von Verkehrs- und Stadtplanung über Charging, Mobility Services und City Logistic bis hin zu Themen wie autonomem Fahren oder alternativen Antriebskonzepten. „Die Idee, Kommunen und Wirtschaft im Schnittfeld von Stadtentwicklung und technologischen Lösungen zusammenzubringen, ist uns von allen Seiten als außergewöhnliche und zukunftsweisende Qualität der polisMOBILITY mitgeteilt worden“, so Johannes Busmann, verantwortlich für die inhaltliche Ausrichtung der Konferenz und redaktionelle Begleitung. Er fügt hinzu: „Es hat sich gezeigt, dass die Herausforderungen der Mobilitätswende vor dem Hintergrund von Energieversorgung, Digitalisierung und Urbanisierung nur gemeinsam angegangen werden können und unsere Veranstaltung mit dieser Ausrichtung ist in Deutschland einmalig.”

Die Messeveranstaltung war darüber hinaus außerhalb der Koelnmesse in der Stadt präsent. Den Bürgern wurden in der Innenstadt neueste Entwicklungen aus dem Bereich der Mobilität präsentiert. Dafür gab es eine Teststrecke für alternative Fortbewegungsmittel. Das polisCAMP, das ebenfalls am Rudolfplatz installiert wurde, gab Bürgern eine Möglichkeit, an Diskussionsrunden teilzunehmen. So wurden gemeinsam mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Politik, Verwaltung sowie den Messebesuchern und Bürgern Visionen urbaner Mobilität und lebenswerter Städte und Regionen als kollektive Gestaltungsaufgabe und Lösungsansätze für diese Themen verdeutlicht und diskutiert. „Science meets City – Wissenschaft trifft Stadt. Die Kölner Wissenschaftsrunde ist glücklich, hier auf dem Gelände der Koelnmesse in Verbindung mit der polisMOBILITY ein wichtiges Thema zu diskutieren: Wie sehen die Städte der Zukunft aus? Hierzu braucht es Partnerschaften zwischen den Akteuren in einer Stadt, aber auch zwischen den Städten, die alle die gleichen globalen Herausforderungen zu bewältigen haben. Dieses Symposium ist ein Beispiel dafür, wie man voneinander lernen kann – über nationale Grenzen hinweg und über Zuständigkeiten hinweg“, so Stefan Herzig, Präsident der TU Köln. Die zweite Auflage der polisMOBILITY findet gleichzeitig mit der Vollversammlung des Deutschen Städtetages vom 24. bis 27. Mai 2023 in Köln statt.

Illustrationen: max_776, tovovan, blinkblink, stockphoto-graf - stock.adobe.com

Foto: NetCologne/Constantin Ehrchen

(v.l.n.r.): Horst Schmitz (Bereichsleiter Technik, NetCologne), Timo von Lepel (Geschäftsführer NetCologne), Markus Schaffrien (Geschäftsbereichsleiter, eco – Verband für Internetwirtschaft)

Smart-City-Projekte

Im Rahmen der polisMOBILITY stellte NetCologne zwei neue Projekte vor. Das LoRaWAN-Funknetz (Long Rang Wide Area Network) ermöglicht in der ganzen Stadt eine sichere Datenübertragung von Sensoren. Die IoT-Plattform ThingsNet schafft eine IT-Infrastruktur für das „Internet der Dinge“ und das Sammeln und Auswerten von Sensordaten.

„Wir bauen weiter an den digitalen Lebensadern der Stadt. So wird Köln zur Smart City und damit effizient, zukunftsfähig und nachhaltig“, sagt Timo von Lepel, Geschäftsführer NetCologne. Beim Smart City Index des Technologieverbands Bitkom belegte Köln im letzten Ranking den 2. Platz in Deutschland. Diese Spitzenposition im deutschlandweiten Vergleich soll weiterhin ausgebaut werden. Daher möchte NetCologne nun mit dem Funknetz LoRaWAN und ThingsNet die nächste Stufe erklimmen. In Verbindung mit dem Glasfasernetz ist die Stadt Köln so für weitere Smart-City-Anwendungen gerüstet. Gegenstände und Maschinen können mittels Sensoren miteinander kommunizieren, Daten ausgewertet und dann für smarte Dienste oder neue Geschäftsfelder genutzt werden. „Mit smartem Internet wollen wir die Lebensqualität der Menschen verbessern sowie Leben, Wohnen und Arbeiten in der Stadt und der Region sicherer und nachhaltiger gestalten“, so von Lepel. Die neue Funktechnologie LoRaWAN wurde pünktlich zur polisMOBILITY freigeschaltet. Dazu gingen gleichzeitig rund 40 Datenempfangsstationen, sogenannte Gateways, auf Empfang. Die Daten werden dann an die Plattform ThingsNet weitergeleitet. Dort werden diese Informationen dann ausgewertet und anwenderspezifisch zur Verfügung gestellt. Die Daten werden in Rechenzentren von NetCologne in Köln gespeichert, wo ein sicherer Datenkreislauf entsteht. So lässt sich die intelligente Vernetzung von Smart-City-Gegenständen, Maschinen und Menschen regeln. Dieses entstandene Daten-Ökosystem schafft ein neues Fundament für die Smart City Köln. Eingesetzt werden können die digitalen Errungenschaften beispielsweise für ein intelligentes Verkehrsmanagement, smarte Parkleitsysteme, automatische Fernauslesung von Strom- und Wasserzählern, zur Überwachung von Fahrstühlen, Fenstern und Außentüren in Wohn- und Bürogebäuden sowie einer bedarfsgerechten Steuerung von Straßenlaternen oder zur Kontrolle der Luftqualität eingesetzt werden. Erste Pilotprojekte mit städtischen Partnerunternehmen laufen bereits. Mit den AWB werden bereits ausgewählte Müllcontainer digital überwacht, um diese nur noch bei Bedarf zwecks Leerung anfahren zu müssen. Mit der RheinEnergie kontrolliert NetCologne Kabelverteilerschränke online, um so Störungen frühzeitig erkennen und beheben zu können. LoRaWAN-Sensoren steuern für die KVB Heizungen für Straßenbahnweichen, die früher über den gesamten Winter und temperaturunabhängig an sein mussten, um die Funktionsweise zu sichern.

Smarte Lösungen für neue Märkte

Die Herausforderungen in den Bereichen Verkehr, Logistik, Verwaltung, Energiehaushalt und Nachhaltigkeit sind groß für Städte und das Umland. 77 Prozent der Einwohner wohnen in Deutschland in Ballungszentren. Die Erwartungen der Bevölkerung und Unternehmen hinsichtlich digitaler Services und IT-Diensten, die kommunal angeboten werden, steigen stetig. Mit LoRaWAN und ThingsNet sollen den Kölnern nun neue Geschäftsfelder und innovative Leistungen angeboten werden. „Als regionales Unternehmen schlägt unser Herz ganz besonders für Köln und die Region. Darum freue ich mich sehr, dass wir einen neuen Meilenstein erreicht haben, um für die Menschen und die Unternehmen das Leben und Arbeiten smarter zu machen“, sagt von Lepel.

Christian Esser

Foto: Alex Weis

Auch in der Innenstadt waren Exponate aufgestellt

RENAULT KOMMT NACH KÖLN

Autobauer bezieht neue Büroräume in der Domstadt

Foto: Jörn Wolter / Renault Deutschland AG

Den Umzug der Renault Deutschland AG vom bisherigen Brühler Standort in das I/D Cologne verkündeten im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz: (v.l.n.r.) Dr. Manfred Janssen, Geschäftsführer der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, Holger Kirchhof, Vorstandsmitglied der OSMAB Holding AG, Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Markus Siebrecht, Vorstandsvorsitzender der Renault Deutschland AG, Arne Hilbert, Geschäftsführer bei Art-Invest Real Estate

Renault Deutschland verlegt seinen Hauptsitz in Deutschland von Brühl nach Köln. Nach über 60 Jahren im Rhein-Erft-Kreis zieht es den französischen Autobauer nun nach Köln-Mülheim ins I/D Cologne. Die rund 300 Mitarbeiter beziehen das Loft Haus mit rund 4.500 Quadratmetern Mietfläche inklusive Dachterrassen, Innenhof und Showroom im Erdgeschoss.

Ursprünglich wollte die IHK Köln in das „Loft Haus“ einziehen. Doch im Oktober 2021 machte die Vollversammlung einen Rückzieher. Den Platz wird nun Renault Deutschland nutzen und seinen Hauptsitz in die Domstadt verlegen und damit in der Region bleiben. Die Location in Köln-Mülheim setzte sich nach einem nationalen Wettbewerb gegen Konkurrenz aus Berlin und Brandenburg durch. Das Bürokonzept I/D Cologne und die Nähe zum bisherigen Hauptsitz in Brühl waren überzeugende Argumente für den Autobauer. „Dies ist ein großartiges Signal für Köln. Unsere Wirtschaftsmetropole unterstreicht einmal mehr ihre herausragende Rolle für hochwertige und zukunftsweisende Mobilitätslösungen. Wir sind sehr stolz, dass die internationale Strahlkraft des Automobilstandorts Köln, wo schon die Wiege des Motorenbaus stand, kontinuierlich zunimmt“, so Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln. Köln und die Region untermauern damit ihre Position als Automobilstandort. Neben dem künftigen Hauptsitz von Renault Deutschland in Köln sind in der Domstadt zudem Ford mit seinem Werk in Niehl, Volvo und Toyota mit Zentralen vertreten. Mazda hat seinen Sitz in Leverkusen.

Moderne Art des Arbeitens

Mit dem neuen Hauptsitz möchte Renault Deutschland eine neue moderne Art des Arbeitens realisieren, die zudem einen Fokus auf die Bereiche Nachhaltigkeit sowie Flexibilität und Wohlergehen der Mitarbeitenden setzen soll. „Wir sind sehr glücklich, eine zukunftsweisende Immobilie in einem äußerst spannenden und urbanen Umfeld in Köln gefunden zu haben“, so Markus Siebrecht, CEO der Renault Deutschland AG. Die KölnBusiness Wirtschaftsförderung unterstütze aktiv die Renault Deutschland AG bei der Ansiedlung in Köln. Renault ist in Deutschland seit 1907 präsent. Der Umzug in die neuen Räumlichkeiten im Loft Haus soll voraussichtlich Ende 2022/Anfang 2023 erfolgen. Die Fassade und öffentliche Bereiche sind bereits fertiggestellt. Bald sollen die Arbeiten am Loft Haus abgeschlossen sein. Das Gebäude befindet sich in prominenter Lage im I/D Cologne, ist DGNB-Gold-zertifiziert und bietet eine direkte Anbindung an die KVB-Haltestelle Von-Sparr-Straße. Die loftartige Architektur mit charakteristischen Sprossenfenstern, der Ziegelfassade und der zweigeschössigen Eingangshalle gibt dem „Loft Haus“ seinen Namen. Der gesamte Gebäudekomplex I/D Cologne soll 2026 fertig sein. „Wir freuen uns sehr, dass wir die Renault Deutschland AG als neue Mieterin für das Loft Haus gewinnen konnten“, so Arne Hilbert, Geschäftsführer bei Art-Invest Real Estate. „Als Pionier und Marktführer auf dem Gebiet der Elektromobilität passt das internationale Automobilunternehmen hervorragend zu unserer Vision von einem innovativen, zukunftsorientierten und nachhaltigen Gewerbequartier“, so Holger Kirchhof, Vorstandsmitglied der OSMAB Holding AG. Er ergänzt: „Die Verlagerung des Renault-Hauptsitzes von Brühl nach Köln bereichert nicht nur das I/D Cologne, sondern stärkt zugleich Köln als Automobilstadt. Das Quartier gewinnt damit weiterhin an Bedeutung für den Industriestandort auf der rechten Rhein-Seite.“

Christian Esser

Foto: Art-Invest Real Estate

Neuer Hauptsitz für die Renault Deutschland AG wird das Loft Haus im I/D Cologne

Illustrationen: max_776, tovovan, blinkblink, stockphoto-graf - stock.adobe.com

GRÜNDEN LIEGT IM TREND

Die Gründungsquote in Deutschland stieg trotz Corona

Foto: sdecoret - stock.adobe.com

Die Lust zu gründen und richtig durchzustarten ist groß in Deutschland

Trotz der Auswirkungen der Coronapandemie ist der Wille, ein Unternehmen zu gründen, in Deutschland weiterhin groß. So stieg im Jahr 2021 die Gründungsquote hierzulande um 2,1 Prozentpunkte auf 6,9 Prozent, wie der Länderbericht des „Global Entrepreneurship Monitors“ (GEM) zeigt.

Die GEM-Gründungsquote ermittelt den Anteil derjenigen zwischen 18 und 64 Jahren, die während der vergangenen 3,5 Jahre ein Unternehmen gegründet haben und/oder gerade den Gründungsprozess durchlaufen. Nachdem die erste Coronawelle im Frühjahr 2020 Gründungsaktivitäten in Deutschland zunächst in die Quere gekommen ist, deuten die aktuellen Werte darauf hin, dass das Gründungsgeschehen hierzulande wieder an Dynamik gewonnen hat.

„Die aktuellen Daten des Global Entrepreneurship Monitors zeigen, dass Gründungen vielfältiger werden. Im zweiten Pandemiejahr starten insbesondere viele Frauen, junge Menschen sowie Migrantinnen und Migranten in die Selbstständigkeit. Sie treiben mit ihren Ideen die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft voran. Gründerinnen und Gründer sind der Mittelstand von morgen – mit ihren Talenten und ihrem Unternehmergeist stärken sie Wohlstand und Klimaschutz, schaffen Arbeitsplätze und sichern die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unseres Landes. Um das Gründungsgeschehen weiter zu beleben, setzen wir uns ein, Gründungshemmnisse abzubauen und Rahmenbedingungen für den Gründungsstandort Deutschland nachhaltig zu verbessern“, sagt Michael Kellner, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz und Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand.

Zudem haben in Deutschland im globalen Vergleich nur wenige Menschen ihre Unternehmen in den letzten zwölf Monaten verkauft, aufgegeben oder geschlossen (3,2 Prozent). Darüber hinaus hat sich der Gendergap bei den Gründungsaktivitäten während der Coronapandemie verändert. Das bedeutet, dass Gründende tendenziell eher weiblicher werden. Des Weiteren gründen in Deutschland immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund. Die Gründungsquote liegt mit knapp über 14 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die Quote der einheimischen Bevölkerung. Gründer werden seit einigen Jahren tendenziell jünger. Besonders viele Gründungsaktivitäten gibt es bei Personengruppen zwischen 25 und 34 Jahren. Die Pandemie hat sich in Bezug auf Gründungen teils negativ, teils aber auch positiv ausgewirkt. Mehr als ein Drittel der Befragten gab an, dass die Pandemie neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnet habe.

Mehr Startups werden gegründet

Auch die Zahlen hinsichtlich der Startup-Gründungen in Köln entwickeln sich positiv. Im Jahr 2021 haben 106 neue Startups ihre Arbeit aufgenommen. Die Zahl der Neugründungen in Köln ist in den letzten drei Jahren (2019-2021) stetig gewachsen. Auch die Coronapandemie konnte diesen Trend nicht stoppen. 2019 wurden in Köln 86 Startups gegründet. Im Jahr 2020 waren es 102. Derzeit gibt es in der Kölner Wirtschaft rund 550 Startups. Neben den steigenden Gründungsaktivitäten sind auch Investoren immer interessierter und unterstützen die Startups in zahlreichen Finanzierungsrunden. Im vergangenen Jahr 2021 konnten bei 82 Finanzierungsrunden junge Unternehmen Geld für ihre Geschäftskonzepte sammeln. 2019 waren es nur 50 Finanzierungsrunden. Zwischen 2019 und 2021 stieg das Volumen der öffentlich bekannten Investitionen in Kölner Startups von 82 auf 184 Millionen Euro an.

Foto: Alex Weis

„An jedem dritten Tag wird in Köln ein Startup gegründet. Das zeigt: Das vielfältige Ökosystem in Verbindung mit der Kölner Wissenschaftslandschaft bietet einen idealen Boden, auf dem Startups wachsen können. Hinzu kommt eine breit aufgestellte Wirtschaft, die Partner und Kunde zugleich ist. Diese Standortfaktoren führten dazu, dass auch die Kölner Gründungsszene robust durch die Pandemie gekommen ist“, so Manfred Janssen, Geschäftsführer von KölnBusiness. Eine Analyse der Zahlen für Köln zeigt, dass die meisten neuen Startups im Software-Bereich tätig sind. 15 Prozent der Gründungen sind in diesem Bereich zu verorten. 11 Prozent der jungen Unternehmen entfallen auf den E-Commerce-Bereich, dicht gefolgt von Betrieben im Lebensmittel- und Food-Sektor (zehn Prozent) sowie Medizin (neun Prozent).

Christian Esser

BANKING WIRD SMARTER

Bankgeschäfte werden zunehmend mit dem Smartphone erledigt

Foto: terovesalainen - stock.adobe.com

Die Hausbank ist immer griffbereit auf Laptop oder Smartphone

Onlinebanking war gestern – der Trend geht immer mehr in Richtung Smartphone-Banking. Dies zeigt eine aktuelle Studie des Digitalverbands Bitkom. App-Angebote von Banken gewinnen immer größere Bedeutung. Zwei Drittel der User greifen beim Onlinebanking zum Handy, eine Tendenz, die seit Jahren zunimmt.

Die Menschen erledigen ihre Bank- und Versicherungsgeschäfte zunehmend mit dem Smartphone. Der Alltagsbegleiter aus der Hand- oder Hosentasche hat die Bankfiliale immer griffbereit. Überweisungen, Daueraufträge und Co. können schnell mobil erledigt werden. Auch bei älteren Menschen ist dieser Trend längst angekommen. Laut Bitkom-Umfrage nutzt die Hälfte der Menschen ab 65 Jahren für das Onlinebanking das Smartphone. Vor einem Jahr gab dies nur ein Drittel der Befragten dieser Altersklasse an. „Corona hat dem Onlinebanking einen kräftigen Schub gegeben. Wer während der Coronapandemie erstmals Onlinebanking nutzte, bleibt ihm zumeist auch nach dem Ende von Lockdown und Corona-Beschränkungen treu“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. 32 Prozent der über 65-Jährigen nutzen Onlinebanking. Vor zwei Jahren bei der Befragung 2020 waren es gerade einmal 22 Prozent. Bei jungen Menschen zwischen 16 und 29 Jahren sowie zwischen 30 und 49 Jahren gibt es kaum noch jemanden, der nicht seine Bankgeschäfte online abwickelt. 97 Prozent gaben an, dass sie Onlinebanking nutzen.

Besonders beliebt beim Online-Banking sind einfache Anwendungen. 92 Prozent der User fragen per App ihren Kontostand ab, 90 Prozent tätigen Überweisungen und 88 Prozent verwalten ihre Daueraufträge. Weiterführende Angebote werden allerdings eher selten genutzt. So greifen nur 43 Prozent der Nutzer digital auf Bank-Services zu, beispielsweise zur Bestellung von Giro- oder Kreditkarten. Große Bankgeschäfte werden allerdings weiterhin noch häufig „offline“ getätigt. So gaben nur 15 Prozent der Befragten an, dass sie über das Onlinebanking bereits Kredite abgeschlossen haben. 21 Prozent der User ziehen das künftig in Erwägung. „Onlinebanking ist mehr als eine digitale Überweisung. Die Kundinnen und Kunden wünschen sich, dass sie alle gewohnten Bankdienstleistungen online erledigen können, und zwar wann immer sie wollen und wo immer sie wollen. Was häufig noch fehlt, sind die entsprechenden, einfach zu nutzenden Angebote“, so Berg.

Druck steigt für Filialbanken

Durch die massive Nutzung von Onlinebanking-Angeboten wächst in der Branche der Druck auf die klassischen Filialen. 41 Prozent der Befragten nutzen ausschließlich Online-Banking. 46 Prozent nutzen sowohl Filialangebote als auch Onlinebanking. Nur noch zwölf Prozent der Bankkunden besuchen überwiegend Bankfilialen und nutzen nur hin und wieder mal Angebote per App. Daher wundert es nicht, dass 45 Prozent der Umfrageteilnehmer sagen, dass ihnen nichts fehlen würde, wenn es ihre Bankfiliale gar nicht mehr geben würde. „Die klassische Filiale von Bank oder Sparkasse gerät immer stärker unter Druck“, sagt Berg. 26 Prozent der Befragten sind bereits Kunde bei einer reinen Onlinebank. 19 Prozent planen einen Bankwechsel zu einem kompletten Onlineangebot. Nur 31 Prozent schließen einen Wechsel zu einer reinen Onlinebank völlig aus. Würden Anbieter wie Google, Amazon oder Apple digitale Bankangebote wie Girokonten im Portfolio führen, würden 40 Prozent der Umfrageteilnehmer einen Wechsel zu solch einem Unternehmen in Erwägung ziehen. „Klassische Banken sollten kritisch prüfen, ob ihre digitalen Angebote und Geschäftsmodelle angesichts der grundsätzlich veränderten Erwartungshaltung ihrer Kundinnen und Kunden wettbewerbsfähig sind“, sagt Berg und fügt hinzu: „Kooperationen mit Startups aus der Fintech-Szene können sehr viel Sinn machen, ebenso die Zusammenarbeit mit etablierten Digitalunternehmen.“

Bankkunden achten in Zeiten kostenpflichtiger Konten oder gar Strafzinsen auf Geldeinlagen zunehmend darauf, wie teuer die Angebote ihrer Hausbanken sind. Über die Hälfte der Deutschen hat bereits einen Wechsel der Bankkonten zu einem anderen Anbieter vollzogen. Teilweise haben Kunden schon häufiger ihre Bank gewechselt. Ein Drittel der Befragten hat bereits vier oder fünf Wechsel vollzogen. 45 Prozent haben bereits dreimal ihre Bank gewechselt. Viele Onlinebanken bieten Wechselmöglichkeiten an, die nur wenige Minuten Zeit in Anspruch nehmen. „Wenn die neue Bankverbindung nur einen Klick entfernt ist, dann kann sich niemand mehr auf seinen Erfolgen der Vergangenheit ausruhen. Die Wechselbereitschaft der Kundinnen und Kunden gibt gerade jenen Banken Wachstumschancen, die innovative, digitale Angebote entwickeln“, sagt Berg.

Foto: panuwat-stock.adobe.com

Bankgeschäfte werden zunehmend mit dem Handy erledigt

Onlineabschlüsse bei Versicherungen eher selten

Nicht nur Bankgeschäfte werden zunehmend online abgewickelt, auch der Abschluss einer neuen Versicherung oder ein Tarifwechsel finden online statt. 53 Prozent der Befragten haben zwar eine Versicherung über den klassischen Weg abgeschlossen. 44 Prozent haben aber bereits Erfahrungen mit Onlineabschlüssen gemacht. Allerdings gibt es hier zwischen den Altersgruppen teils deutliche Unterschiede. Während mit 56 Prozent über die Hälfte der 16- bis 29-Jährigen Versicherungen per Onlineabschluss gebucht hat, sind in der Altersklasse mit Menschen über 65 Jahre nur 22 Prozent auf dem digitalen Weg zu einem neuen Versicherungsanbieter gekommen. Telefonische Abschlüsse gibt es hier fast gar nicht mehr. Nur ein Prozent der Befragten gab an, telefonisch einen neuen Vertrag geschlossen zu haben. „Auch für die Versicherungsbranche ist der Weg in die Onlinewelt unumkehrbar und zwingend“, erklärt Berg. Bitkom sieht im Bereich der Versicherungen die gesamte Branche in der Pflicht, neue attraktive Lösungen für ihre Kunden zu finden. Denn bisher haben nur zwölf Prozent der Befragten einmal eine Versicherung beispielsweise mit dem Smartphone abgeschlossen. „Es genügt nicht, einfach irgendein digitales Versicherungsangebot zu machen. Versicherer müssen sich in puncto Benutzerfreundlichkeit mit verbreiteten Standarddiensten wie Onlinehändlern messen lassen – die Latte liegt für die Versicherer hoch“, so Berg.

Christian Esser

Foto: ZinetroN-stock.adobe.com

Alle wichtigen Daten sind im Smartphone immer griffbereit

STIFTUNGEN SIND AKTUELLER DENN JE ...

Soziales Handeln hat Tradition, darüber reden weniger

Foto: REDPIXEL - stock.adobe.com

Stiftungen helfen und stehen ein für eine humane Gesellschaft

Seit Jahrhunderten unterstützen gemeinnützige Einrichtungen das städtische Gemeinwesen – in der Bürgerstadt Köln gibt es eine lange Tradition des Helfens. Auch in der Region entstanden und entstehen Stiftungen, deren Stifter Gutes leisten wollen. In den letzten Jahrzehnten sind kontinuierlich neue Stiftungen, auch aus der Wirtschaft heraus, gegründet worden. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für das Stiftungswesen ist gestiegen. Zum einen besteht eine verstärkte Bereitschaft der Organisationen und ihrer Netzwerke, über sich und ihre Arbeit aufzuklären, zum anderen haben auch viele Menschen die Gewissheit, dass diese gemeinnützigen Einrichtungen Gutes – gerade in schwierigen Zeiten – für das Gemeinwohl leisten.

Rund 1.200 Stiftungen im Regierungsbezirk Köln

Im Regierungsbezirk Köln sind aktuell fast 1.200 Stiftungen eingetragen, davon ca. 520 in Köln und in der benachbarten Region. Damit ist die Region Köln Spitzenreiter in Nordrhein-Westfalen. Aber nicht nur an Zahlen ist die Kölner Stiftungslandschaft reich, sondern auch an Aktivitäten. In zahlreichen Bereichen engagieren sich die Kölner Stiftungen und helfen dabei, das Gemeinwesen zu unterstützen. Stiftungen sind aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken, sie wirken in und für die Region. Viele Unternehmen - Unternehmerinnen und Unternehmer gründen eine solche Einrichtung, weil sie mit dem erarbeiteten Vermögen die Gesellschaft teilhaben lassen wollen an ihrem unternehmerischen Erfolg. Dabei ist es durchaus üblich und richtig, dass sie den Namen der Stifter oder der Stifterfamilie tragen, denn so sind sie ein Vorbild für andere, die sich mit dem Gedanken einer Gründung tragen.

Viele Stiftungen entstehen aus einem konkreten Anlass, etwa aus Erfahrungen in der eigenen Familie oder aufgrund eines Ereignisses. Will eine Stiftung gemeinnützig tätig werden, und das wollen die meisten, dann muss sie ihren Stiftungszweck an der Abgabenordnung orientieren. Darin sind die gemeinnützigen Zwecke definiert. Aber selbst da ist die Vielfalt groß. Nur auf den Sozialbereich bezogen, unterstützen sie in Köln und Umgebung Kinder, Jugendliche, Senioren und Behinderte, aber auch Einrichtungen der Gesundheitspflege. Es gibt Stiftungen, die widmen sich der Bildung, Erziehung und Ausbildung, auch z. B. von Migrantinnen. In der Kultur finden sich vielfältige Zwecke, sei es in der Bildenden Kunst oder für die Musik, bei Archiven, Museen und anderen Kulturstätten, ebenso für die Künstlerförderung oder in der Verwaltung eines künstlerischen Nachlasses. Die Förderung der Wissenschaften liegt manchen Stiftern am Herzen, anderen der Tier-, Natur- oder Umweltschutz. International denken, aber lokal verankert sind Stiftungen, die sich der Entwicklungshilfe oder der Völkerverständigung annehmen.

Einige Stiftungen durch Ukraine-Krieg besonders gefordert

In den letzten beiden Jahren haben auch die Stiftungen viel geleistet. Die Pandemie hat viele Stiftungen, aber auch antragstellende Institutionen vor große Probleme gestellt, gebar aber auch neue Ideen. Einerseits konnten aufgrund der Lockdowns Veranstaltungen und Programme nicht angeboten werden, andererseits galt es, die Förderung aufrechtzuerhalten, damit die Empfänger weiterarbeiten konnten. Stellte schon die Niedrigzinsphase eine große Herausforderung dar, so waren die Einschränkungen nicht einfach, aber notwendig. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat in den ersten Monaten von 2022 ebenfalls einige Stiftungen besonders gefordert. Sie haben, wie bereits 2015, flexibel reagiert und insbesondere bei der Betreuung der Flüchtlinge akut und unkompliziert geholfen. Der Kölner Stiftungen e. V. unterstützt darüber hinaus die Ukraine Nothilfe, die die Rhein-Flanke gGmbH gegründet hat. Ziel ist es, den geflüchteten Menschen Hilfestellung zu leisten und z. B. Sport-, Spiel- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln.

Jede Institution ist für sich autark, beaufsichtigt von ihren Gremien und der Stiftungsaufsicht bei der Bezirksregierung. Ein Blick auf das Geschehen wirft, wie bei gemeinnützigen Vereinen, das zuständige Finanzamt. Stiftungen sind dazu angehalten, auch tätig zu sein, damit sie ihren Zweck verwirklichen. Dieser kann die Un-

Foto: Roland Keusch

Vertritt den Kölner Stiftungen e. V. als Vorsitzender: Dr. Ulrich S. Soénius

terhaltung einer Institution, wie etwa einer Kultur- oder Wissenschaftseinrichtung, beinhalten oder auch die Förderung Dritter. Manche Stiftungen sind operativ und fördernd tätig. Das Kapital kann im Normalfall nicht für die Förderung herangezogen werden, sondern nur die Erträge daraus. Vor einigen Jahren hat der Gesetzgeber die Möglichkeit der Verbrauchsstiftung eingeführt – diese Stiftungen sind nicht auf Ewigkeit angelegt, sondern verbrauchen ihr Vermögen für den festgelegten Zweck und lösen sich anschließend auf.

Kölner Stiftungen e. V. als Plattform

Viele Stiftungen arbeiten im Stillen und sind häufig nur den Empfängern von Leistungen bekannt. Das ist verständlich, aber auch schade. Um die Sichtbarkeit der Institutionen in Köln und Umgebung zu erhöhen, fand 2006 erstmals der Kölner Stiftungstag statt. Im Drei-Jahres-Rhythmus präsentieren Stiftungen der Öffentlichkeit ihre Leistungen für das Gemeinwohl, tauschen sich untereinander aus und bieten Interessierten die Möglichkeit, sich zu informieren. Zur Durchführung der Stiftungstage haben sich inzwischen 160 Stiftungen zum Kölner Stiftungen e. V. zusammengeschlossen. Der Verein hat darüber hinaus die Förderung des Stiftungsgedankens zum Zweck. Zudem bietet der Verein mit seinen Veranstaltungen den Organisationen eine Plattform, die es vorher nicht gegeben hat.

Stiftungen haben in den letzten Jahrhunderten eine wechselvolle Geschichte erlebt und gestaltet. Sie waren und sind integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und gestalten Zukunft mit – für und mit den Menschen. Weitere Infos unter www.koelner-stiftungen.de.

Gastautor: Dr. Ulrich S. Soénius, Vorsitzender des Kölner Stiftungen e. V.

Anzeige

GELEBTE INKLUSION

Die Gold-Kraemer-Stiftung feiert 50. Jubiläum

Seit genau 50 Jahren engagiert sich die Gold-Kraemer-Stiftung für mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Im Jahr 1972 gründete das Kölner Unternehmerehepaar Paul und Katharina Kraemer die Stiftung, um dauerhaft Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, arbeiten und ihr soziales Leben gestalten können.

Der Ursprung der Stiftung liegt in der Juweliergruppe Kraemer, die seit 1941 von Köln aus nach ganz Deutschland expandierte – mit heute 43 Standorten bundesweit. Das Besondere dabei: Jeder Gewinn geht ohne Abzug in die gemeinnützigen Projekte einer Stiftung. Nach dem Tod ihres einzigen, schwerstmehrfachbehinderten Kindes wollten die Eheleute Kraemer andere Familien in ähnlichen Situationen unterstützen. Heute gehören zur Gold-Kraemer-Stiftung unter anderem sechs besondere Wohnformen für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung in Frechen, Pulheim und Köln, das Pferdesport- und Reittherapiezentrum in Frechen, das kaethe:k Kunsthaus in Pulheim sowie das Zentrum für Arbeit durch Bildung und Sport, in dem junge Menschen eine berufliche Qualifikation über die Sportarten Fußball und Judo erhalten.

Ihr 50-jähriges Bestehen im Jahr 2022 feiert die Gold-Kraemer-Stiftung mit einem großen Bürger- und Stiftungsfest am Sitz der Stiftung in Frechen-Buschbell.

Anzeige

NACHHALTIGKEITSFONDS DER BESONDEREN ART

Rheinische Stiftung für Bildung sucht Wirtschaftsunternehmen zur Förderung von kleineren Bildungsinitiativen

Foto: Thomas Wandenbach

Athene, Göttin der Weisheit. Bronzeskulptur auf dem Campus an der Vogelsanger Straße in Köln-Ehrenfeld

Die Rheinische Stiftung für Bildung ist einer der traditionsreichen privaten Bildungsträger in Köln und sowohl operativ über ihre Tochtergesellschaften als auch fördernd über eigene Projekte in der beruflich orientierten Bildung tätig. Im Rahmen ihrer Förderaktivitäten bringt die Stiftung mit dem Projekt „Binas – Bildung nachhaltig spenden®“ kleinere und mittlere Unternehmen mit gemeinnützigen Bildungsinitiativen zusammen, um deren Finanzierungsgrundlage mit Unternehmensspenden dauerhaft zu sichern.

Viele Unternehmen zeigen heutzutage ein großes Interesse, vermehrt soziale Verantwortung zu übernehmen, und möchten sich im Sinne der „Corporate Social Responsibility“ (CSR) engagieren. Die Suche nach einer passenden förderwürdigen Institution entwickelt sich oftmals zur berühmten Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Dazu kommt, dass kleinere Unternehmen oft keine Kapazitäten frei haben, um sich darum zu kümmern, und außerdem nicht wissen, wie sie eine entsprechende Institution überhaupt finden und fördern könnten. Binas, der Nachhaltigkeitsfonds der Rheinischen Stiftung für Bildung, hilft genau an dieser Stelle, und zwar so, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen. Wie Fördernde und Projekte zusammengebracht werden können und wie durch einen dritten Beteiligten eine Win-win-win-Situation entsteht, das erklärt im folgenden Interview die Projektgründerin Vera Grimm.

Beim Begriff „Nachhaltigkeitsfonds“ denken viele an Investmentfonds, die ethische, soziale und ökologische Kriterien erfüllen. Sie wollen jedoch „Bildung nachhaltig spenden“. Wer kann genau gefördert werden?

Vera Grimm: Wir fördern kleinere Bildungsinitiativen und -organisationen im Kölner Raum, die ihre Projektvorhaben in der Realisierung künftig durch systematisches Fundraising finanziell absichern möchten.

Wie gelingt deren dauerhafte, also nachhaltige Förderung?

Vera Grimm: Zum einen gewähren wir in einigen Fällen – wie andere klassische Förderstiftungen auch – eine kleine Anschubfinanzierung, um Projektideen überhaupt in eine erste Umsetzungsphase zu bringen.
Zum anderen bieten wir den Organisationen bis zu einem Jahr gezielte Unterstützung an, um systematische Fundraising-Strukturen aufzubauen. Das beginnt mit dem Drehen und Veröffentlichen eines Pitch-Videos, in dem die Akteure lernen, ihre Projektanliegen und ihren Förderbedarf authentisch zu kommunizieren.
Des Weiteren stellen wir den Organisationen „unsere Studierenden“ zur Seite, die ihr an der Hochschule erworbenes theoretisches Wissen über Fundraising in ein passgenaues Praxiskonzept übersetzen. Im Anschluss daran gibt es für maximal neun Monate die Möglichkeit, dass die Studierenden die Organisation bei der Umsetzung der ersten Konzeptschritte begleiten. So entsteht im Laufe der Zeit eine professionelle Fundraising-Struktur, die es den Organisationen in der Folge ermöglicht, gezielt finanzielle Unterstützung zur Umsetzung ihrer Projekte selbstständig zu gewinnen. Nicht zuletzt können den Bürgerinnen und Bürgern in Köln und der Region wertvolle Bildungsprojekte auf längere Sicht zur Verfügung gestellt werden.

Wer kann Bildung spenden?

Vera Grimm: Wir freuen uns über jede engagierte Person, die bereit ist, Förderer für eins unserer Projekte zu sein – ob nun als Privatperson oder als Geschäftsführung eines Kölner Unternehmens.

Welche Bildungsprojekte wurden schon erfolgreich gefördert?

Vera Grimm: Seit 2015 wurden bereits 40 Bildungsprojekte in das Programm aufgenommen und auf verschiedenen Ebenen Erfolge erzielt.
Besonders stolz sind wir auf solche Erfolgsgeschichten, bei denen es gelungen ist, Mittel in solchem Umfang zu akquirieren, um eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter ausschließlich zum Zweck des Fundraisings für mehrere Jahre anstellen zu können. Dies war bei dem Handwerkerinnen Haus e. V. und Theater Impuls e. V. der Fall, um nur zwei Beispiele zu nennen.
Natürlich sind es auch schöne Erfolge, wenn die Vereine nach unserer Hilfe bei unserer jährlichen Befragung selbstständig erreichte Fundraising-Erfolge vorweisen

können. Manchmal sind es geringe Beträge um 1.000 Euro, oft aber auch größere, wie bei Building Future e. V. in Höhe von 37.000 Euro.
Auch werten wir es als positiven Effekt, wenn die Vereine nach ihrer aktiven Zusammenarbeit an den von uns kostenfrei angebotenen Fachtagen oder Netzwerktagen teilnehmen und in diesem Rahmen am weiteren Ausbau ihrer Kenntnisse zum Thema Fundraising arbeiten.

Wie hoch muss der Spendenbetrag mindestens sein, um ein Projekt zu unterstützen?

Vera Grimm: Um einem Projekt für einen Monat einen Studierenden – also Fundraiser – an die Seite zu stellen, benötigen wir 590 Euro. Mit diesem Betrag decken wir die Ausgaben, die die Anstellung einer studentischen Hilfskraft im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses kostet. Darüber hinaus kann jeder Betrag helfen, der zweckgebunden an die Realisierung eines konkreten Projektes gehen soll. Natürlich wächst die Sicherheit, Projekte zu realisieren, mit der Höhe der Spende.

Woraus resultiert der Benefit für unterstützende Unternehmen?

Vera Grimm: Neben der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden sehen wir für unterstützende Unternehmen Vorteile auf verschiedenen inhaltlichen Ebenen im Zusammenwirken mit Binas: Wir beraten und unterstützen bei der Auswahl passender Projekte, wir stellen die zweckgebundene Verwendung der Spende sicher, wir leisten eine fachliche Projektbetreuung, achten auf eine transparente Berichterstattung und sorgen für eine angemessene Bekanntmachung des sozialen Engagements in der

Vera Grimm, Vorstandsmitglied und Projektgründerin Binas

Foto: Rheinische Stiftung für Bildung

Öffentlichkeit. Die Nutzung der Binas-Serviceleistungen sind für Fördernde und Projektgeber kostenlos, sodass 100 Prozent der Spende in die Unterstützung der Bildungsorganisationen fließen.
Das soziale Engagement, das Unternehmen leisten, wird nicht nur extern positiv wahrgenommen, sondern auch intern von Mitarbeitenden und erhöht oftmals die Identifikation mit dem Unternehmen. Nicht zuletzt spielt gesellschaftliches Engagement eines Unternehmens auch bei der Gewinnung neuer Arbeitskräfte eine zunehmend wachsende Rolle.

Also könnte man sagen, es ergibt sich für alle Beteiligten eine Win-win-win-Situation?

Vera Grimm: In diesem in Deutschland bisher einzigartigen Konstrukt profitieren die geförderten Projekte, weil sie sich gezielt auf eine nachhaltige Mittelbeschaffung vorbereiten und damit die Realisierung ihrer Projekte langfristig absichern können. Die Studierenden sammeln im Rahmen einer studentischen Aushilfstätigkeit erste fachbezogene Berufserfahrung und verbessern ihre Chancen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt.
Die Fördernden verwirklichen ihr soziales Engagement mit einem Konzept, das durch das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ ihre Spende nachhaltig wirksam macht.

Das Interview führte Fachjournalist Thomas Wardenbach, www.wardenbach-pr.de.

Erklärvideo Binas hier ansehen:

Rheinische Stiftung für Bildung

Rheinische Stiftung für Bildung

Die Rheinische Stiftung für Bildung wurde 2005 als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Köln eingetragen. Sie versteht sich sowohl als Trägerstiftung, die durch die operative Tätigkeit ihrer teils seit über 60 Jahren auf dem Bildungsmarkt tätigen Beteiligungsgesellschaften ihren Stiftungszweck realisiert, als auch als fördernde Stiftung, die es Dritten ermöglicht, erfolgversprechende Projekte und Initiativen in der Bildung umzusetzen.
Aktuell besuchen die folgenden Bildungseinrichtungen des „Verbund der Rheinischen“ rund 8.500 Menschen mit dem Ziel, ein Studium, eine Erstausbildung, Weiterbildung, Qualifizierungs- oder Integrationsmaßnahmen erfolgreich abzuschließen und sich damit die allerbesten Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen und zu nutzen:

- BTZ Berufliche Bildung Köln GmbH
- GBW Berufsbildungswerk Köln gGmbH
- Rheinische Akademie Köln gGmbH
- RBZ Rheinisches Bildungszentrum Köln gGmbH
- Rheinische Fachhochschule Köln gGmbH

Der fördernde Zweig der Stiftung vergibt darüber hinaus den „Rheinischen Bildungsplatz“, einen jährlich unter einem bestimmten Schwerpunktthema vergebenen Bildungspreis, der mit 5.000 Euro dotiert ist.

www.rheinische-stiftung.de

Anzeige

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN, GUTES TUN

Wie sich Menschen engagieren können und wie aus der guten Idee die gute Tat in Form einer Stiftung wird

Foto: Sparkasse KölnBonn

Mit neun Stiftungen gehört die Sparkasse KölnBonn zu den größten Stifterinnen in der Region

Zu Lebzeiten Bleibendes schaffen, Verantwortung übernehmen, der Gesellschaft etwas zurückgeben – das sind die Hauptmotive von Stifterinnen und Stiftern. Viele Menschen gelangen an einem wesentlichen Wendepunkt ihres Lebens zu der Erkenntnis, mit einem Teil ihres Geldes für die Allgemeinheit etwas bewegen zu wollen. Sie haben ein gutes Leben, keine Geldsorgen und finden, nun sei es an der Zeit, der Gesellschaft etwas zurückzugeben.

„Viele unserer Kunden sind vermögende Einzelpersonen oder kinderlose Ehepaare, häufig auch Unternehmer oder Unternehmerinnen“, berichtet Nicole Döring vom Stiftungsmanagement der Sparkasse KölnBonn. Mit ihrem Team begleitet sie derzeit im Auftrag der Kundinnen und Kunden rund hundert Stiftungen. „Stifterinnen und Stifter sind oft 60 Jahre oder älter und alle möchten etwas Gutes bewirken.“ Zum Beispiel kann ein Schicksalsschlag in der Familie, etwa eine unheilbare Krankheit, bisweilen Auslöser für eine Stiftungsgründung sein – zumeist mit dem Zweck, Forschung auf dem betreffenden Gebiet zu fördern. Doch keine Sorge: Auch wenn sich eine eigene Stiftung erst ab einem maßgeblichen Betrag lohnt, es gibt Alternativen, wie beispielsweise Zustiftungen oder Spenden. Diese sind häufig in jeglicher Höhe willkommen.

Mehr als 24.000 Stiftungen in Deutschland

Auch wenn viele Stiftungen in der breiten Öffentlichkeit mehr oder weniger unbekannt sind: Deutschland ist ein Stifterland. Laut Bundesverband Deutscher Stiftungen ist die Bundesrepublik eines der stiftungsreichsten Länder Europas. Der Verband zählt derzeit 24.650 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Allein im Jahr 2021 kamen 863 neue Stiftungen hinzu – ein Wachstum von rund 3,5 Prozent. Die Gesamtzahl der Stiftungen in Nordrhein-Westfalen liegt bei rund 4.800. Allein in Köln haben mehr als 420 gemeinnützige, rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts ihren Sitz, in Bonn derzeit mehr als 210 rechtsfähige Stiftungen, welche gemeinnützig sind (Quelle: Stiftungsverzeichnis NRW).

Zu den größten Stifterinnen in der Region zählt übrigens die Sparkasse KölnBonn. Sie hat im Laufe der Jahre neun Stiftungen ins Leben gerufen, darunter die SK Stiftung Kultur der Sparkasse KölnBonn in Köln und die Stiftung August Macke Haus der Sparkasse in Bonn.

Schätzungen zufolge werden im kommenden Jahrzehnt hierzulande bis zu vier Billionen Euro vererbt. Es ist also recht wahrscheinlich, dass die Zahl der Stiftungen und das Vermögen weiter steigen, denn nicht alles wird Töchtern und Söhnen, Enkeln und anderen Verwandten vererbt. Und wer zu Lebzeiten oder nach seinem Tod etwas bewegen, Verantwortung übernehmen, ein konkretes Projekt fördern oder ganz allgemein der Gesellschaft etwas zurückgeben will, kann dies mit der Errichtung einer Stiftung realisieren. Doch wie geht das?

In fünf Schritten zur Stiftung

Wer Interesse daran hat, eine eigene Stiftung zu gründen oder eine vorhandene Stiftung zu unterstützen, kann sich vom Stiftungsmanagement der Sparkasse KölnBonn beraten lassen.

1. Schritt: Festlegung des Stiftungszwecks

Dieser ist das zentrale Element einer Stiftung, denn mit ihm werden die Aufgaben festgelegt und bestimmt, wen

oder was sie in welcher Weise begünstigt. Hierzu sollte man sich unbedingt durch Experten beraten lassen. „Wir spielen alles mit den Kunden durch“, erläutert Nicole Döring, „ihre Wünsche und Vorstellungen, ihre Motivation.“ Die entscheidende Frage an dieser Stelle: „Was wollen Sie bewirken?“ Unbedingt zu bedenken ist die Frage, ob die Stiftung gemeinnützigen Charakter haben soll. Die Gemeinnützigkeit ermöglicht im Weiteren eine steuerliche Begünstigung der Stiftung.

2. Schritt: Stiftungsvermögen

Gerade in dem aktuell schwierigen Kapitalmarktumfeld sollte es ein wesentlicher Betrag sein. Die wichtigsten Fragen hierzu: Was möchte ich bewirken und welche Mittel benötige ich dazu? Denn der Grundstock einer Stiftung für die Ewigkeit, das Vermögen, darf nicht angetastet werden. Mit anderen Worten: Lediglich die Erträge des Vermögens, zum Beispiel Zinserträge oder Mieteinnahmen, können in diesem Fall für die Verwirklichung des Stiftungszwecks eingesetzt werden. Jedoch ist auch eine Stiftungsgestaltung mit einem Verbrauch des Stiftungsvermögens möglich. Die dem Stifterwillen entsprechende Alternative gilt es in dieser frühen Phase einer Stiftungsidee konkret zu ermitteln.

3. Schritt: Stiftungsform

„Als Nächstes ist die Wahl der richtigen Stiftungsform von wesentlicher Bedeutung“, erklärt Nicole Döring. Sie und ihr Team begleiten gerne bei der Überlegung, wann eine eigene rechtsfähige Stiftung und wann eine unselbstständige Stiftung, z. B. in Form einer Treuhandstiftung oder eines Stiftungsfonds, die bessere Variante ist. Häufig kann auch die Vernetzung mit einer Bürgerstiftung sinnvoll sein, wovon es in Köln und Bonn einige gibt, welche von der Sparkasse KölnBonn mitinitiiert wurden.

4. Schritt: Stiftungsgeschäft und Satzung

Die Dokumente, die Herz und Hirn der Stiftung definieren, also Zwecke und Organe der Stiftung ganz genau festlegen, werden nach den konkreten Wünschen und Vorstellungen des Stifters formuliert.

5. Schritt: Anerkennung durch die Behörden

Im finalen Schritt unterstützt das Team Stiftungsmanagement dann dabei, die Stiftung von den Behörden anerkennen zu lassen – und übernimmt die dafür nötige Kommunikation mit der Stiftungsaufsicht und dem Finanzamt.

Die Zusammenarbeit endet aber nicht zwangsläufig mit der Errichtung der Stiftung. Auf Wunsch der Kunden übernimmt das Team Stiftungsmanagement als Dienstleister die Verwaltung der jeweiligen Stiftung – von bestimmten administrativen Aufgaben bis hin zur Geschäftsführung. „Wir unterstützen die Stifterinnen und Stifter, damit sie sich ganz auf die Verwirklichung ihrer Stiftungsziele konzentrieren können“, berichtet Nicole Döring. „Im Mittelpunkt steht immer der Stifterwille.“

Zustiften, spenden, Zeit stiften – weitere Formen des Engagements

Fast jeder, der etwas bewirken möchte, findet sich in den Zielen einer oder mehrerer der zahlreichen Stiftungen in Deutschland oder der heimischen Region wieder. Diese zu unterstützen ist mit weitaus weniger Geld möglich, als eine eigene Stiftung zu errichten. Oft kann man schon mit einem kleinen Betrag zum sogenannten Zustifter werden. Dieser Betrag erhöht dann das Stiftungskapital der ausgewählten Stiftung – und damit indirekt deren Ausschüttungen.

Eine weitere Möglichkeit ist eine einmalige oder regelmäßige Spende an eine Stiftung. Man kann der Stiftung seiner Wahl ganz allgemein eine Spende zukommen lassen oder auch gezielt für ein konkretes Projekt spenden, das von einer Stiftung selbst betrieben oder gefördert wird. Eine Spende wird im Unterschied zur Zustiftung nicht dem Stiftungskapital zugeschlagen, sondern erhöht den Ausschüttungsbetrag des jeweiligen Projekts oder der Stiftung direkt.

Gutes tun ist aber auch ganz ohne Geld möglich. „Viele Menschen möchten sich persönlich für eine gute Sache engagieren, also sozusagen Zeit spenden“, weiß Nicole Döring. Auch sie sind beim Stiftungsmanagement der Sparkasse willkommen und erhalten Rat und Informationen, auf welche Weise sie sich bei einer Stiftung einbringen können.

Weitere Infos unter:
Stiftungsmanagement der Sparkasse Köln-Bonn, Im Mediapark 7, 50670 Köln
Tel.: 0221 226-52 559
info@sparkasse-koelnbonn-stiftungen.de
stiftungen.sparkasse-koelnbonn.de

Alle Leistungen auf einen Blick

Illustration: enera - stock.adobe.com

UMGANG MIT CORONA

So kamen die Kölner durch die Pandemie

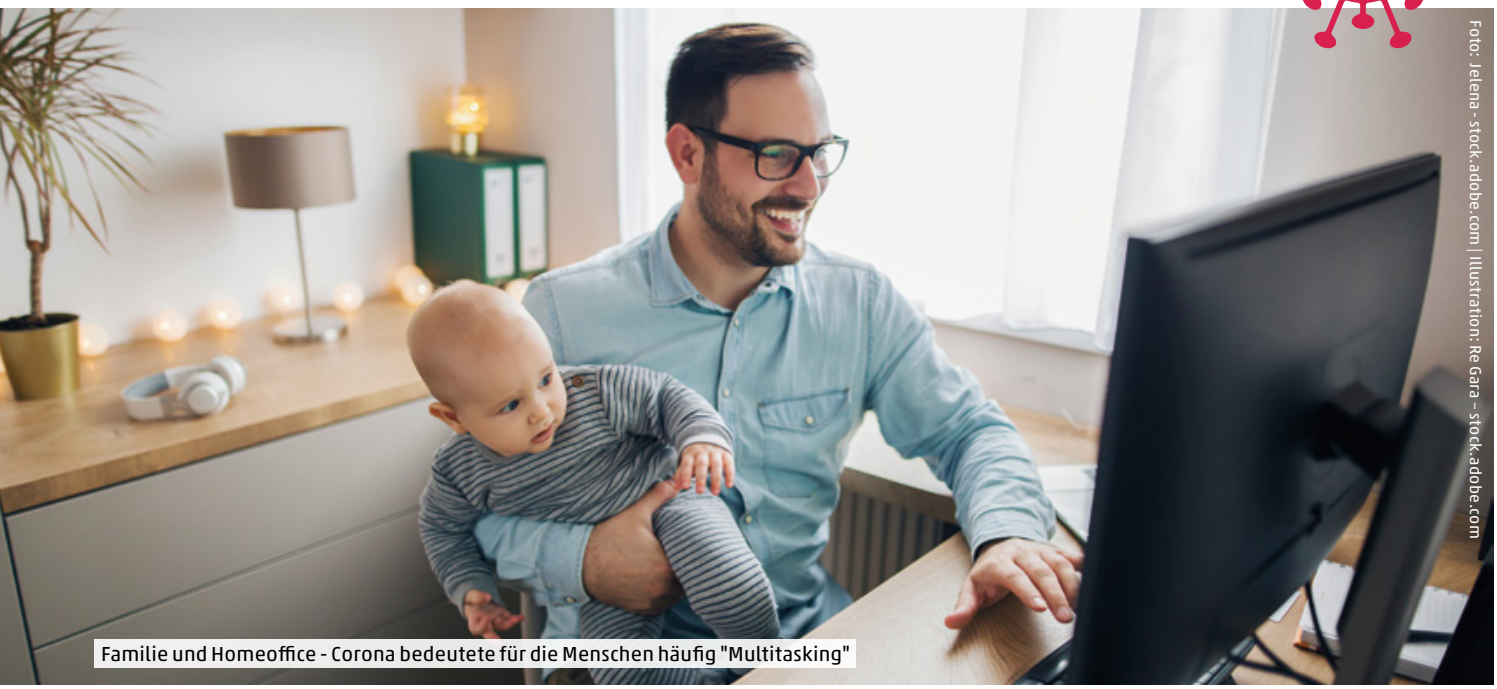


Foto: Jelena - stock.adobe.com | Illustration: Re Gara – stock.adobe.com

Familie und Homeoffice - Corona bedeutete für die Menschen häufig "Multitasking"

Eine große Bevölkerungsumfrage hat die Auswirkungen der Coronakrise auf das Leben, die Einstellungen und Verhaltensweisen der Kölner Bevölkerung untersucht. Die Ergebnisse der Umfrage hat das Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln veröffentlicht. Etwa 8.300 Einwohner Kölns haben an der Befragung teilgenommen.

Die Coronapandemie hat massive Auswirkungen auf den Alltag der Menschen gehabt und diese sind auch weiterhin spürbar. Die wesentlichen Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage wurden in drei Kurzberichten zusammengefasst. Besonderer Fokus lag dabei auf den Bereichen: Veränderungen beim Haushaltseinkommen, Homeoffice in der Coronakrise sowie Belastungen und positive Erfahrungen in der Pandemie.

Selbstständige sind Krisenverlierer

Jeder fünfte Umfrageteilnehmer gab an, dass das Haushaltseinkommen aufgrund der Coronapandemie gesunken ist. Für die Mehrheit (63 Prozent) hatte die Pandemie bis zum Sommer 2021 keine finanziellen Auswirkungen. Allerdings merken die Autoren an, dass aufgrund unterschiedlicher Teilnahmebereitschaft davon auszugehen ist, dass Personen mit gesunkenen Haushaltseinkommen in den Umfrageergebnissen unterrepräsentiert sind. Besonders hart hat die Coronapandemie Menschen in Selbstständigkeit getroffen. Die Umfrage zeigt, dass Selbstständigkeit das Risiko für Einkommensverluste am stärksten gesteigert hat. Das Risiko finanzieller Verluste für Selbstständige in der Pandemie war demnach 6,2-mal so groß wie das von Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Neben Selbstständigen haben vor allem auch Menschen, die bereits vor Pandemiebeginn nur geringe Einkommen hatten, Einbußen verzeichnen müssen. Im Vergleich zu Besserverdienenden lag ihr Risiko für Einkommensverluste 2,2-mal höher. Die Autoren der Studie schreiben dazu: „Insbesondere Kölner*innen in selbstständiger Tätigkeit hatten ein signifikant höheres Risiko, von pandemiebedingten Einkommensverlusten betroffen zu sein. Das zeigt eine Berechnung (sogenannte logistische Regression), bei der mehrere mögliche Einflussfaktoren zur Erklärung von coronabedingten Einkommenseinbußen untersucht wurden. Vor allem das Beschäftigungsverhältnis der befragten Person beeinflusst die Einkommensentwicklung in der Pandemie: Verglichen mit angestellten Personen in der freien Wirtschaft hatten Befragte in selbstständiger Tätigkeit – egal ob freiberuflich oder gewerblich tätig – häufiger mit Einbußen des Haushaltseinkommens zu rechnen. Dabei greift dieser Einfluss etwa unabhängig von Geschlecht, Alter oder dem beruflichen Bildungsabschluss. Umgekehrt wirkte eine Anstellung oder Verbeamtung im öffentlichen Dienst, und damit vergleichsweise stabilen und tarifvertraglich abgesicherten Beschäftigungsbedingungen, Einkommensverlusten entgegen. Für diese Gruppe greift sozusagen eine Art ‚Schutzeffekt', sodass ihr Risiko für finanzielle Verluste statistisch geringer ausfiel."

Große Belastung

Die Befragten haben die Coronapandemie grundsätzlich als große Belastung empfunden. Sechs von sieben Umfrageteilnehmern gaben an, über den kompletten Untersuchungszeitraum (März 2020 bis Sommer 2021) Belastungen gespürt zu haben. Besonders schwierig war den Ergebnissen nach die Situation für Alleinerziehende, Paare mit minderjährigen Kindern sowie junge Menschen unter 25 Jahren. Die Umfrage zeigt auf, dass die Belastungswahrnehmung gruppenspezifisch teils sehr deutlich variiert. Frauen benennen als belastende Faktoren die Doppelbelastungen durch Kinderbetreu-

Foto: baranq - stock.adobe.com | Illustration: Re Gara - stock.adobe.com

Homeoffice kommt gut an - es kann aber auch Nachteile mit sich bringen

ung und Berufstätigkeit. Junge Menschen nennen besonders häufig Einsamkeit und Isolation durch die Kontaktbeschränkungen als belastende Faktoren. Die Autoren schreiben hierzu: „Die Befragten äußerten eine unterschiedlich stark empfundene Belastung bezogen auf diverse Begleiterscheinungen und Umstände der Corona-Zeit. Insbesondere jene Maßnahmen, die das alltägliche Leben des Großteils der Bevölkerung am stärksten auf unmittelbare Weise beeinflussten, führten zu den höchsten Belastungswerten: Zwei Drittel der Befragten fühlten sich durch die Kontaktbeschränkungen, die Kinderbetreuungssituation beziehungsweise Doppelbelastung durch Arbeit und Kinder sowie die eingeschränkte Freizeit- und Feriengestaltung zusammengenommen sehr stark oder eher stark belastet.“

Obwohl es während der Pandemie teils erhebliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens gab, die für viele Befragte eine große Belastung waren, können viele Teilnehmer an der Umfrage auch positive Dinge aus der Krisenzeit ziehen. Zwei Drittel geben dies an. Als positive Faktoren werden Punkte wie: gesellschaftlicher Zusammenhalt, der Digitalisierungsschub und die Nutzung von Homeoffice sowie die daraus entstandenen Vorteile geänderter Arbeitsbedingungen genannt. Zu diesen Punkten schreiben die Autoren: „Mit 26 Prozent (rund 1 500 Nennungen) gaben die Befragten am häufigsten Antworten, die sich auf den Zusammenhalt im persönlichen Umfeld bezogen – etwa im Kreise der Familie oder Partnerschaft, dem Freundeskreis, in der Nachbarschaft oder dem Arbeitskontext – oder eine vor allem zu Beginn der Pandemie erlebte allgemeine Solidarität, Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme zum Beispiel gegenüber vulnerablen Gruppen umfassten. Auch eine bewusste Wertschätzung sozialer Beziehungen sowie eine Neubewertung oder Bestätigung der nicht verzichtbaren Beziehungen, die vor allem vor dem Hintergrund der eingeschränkten Kontakte an Bedeutung gewannen, fallen unter diese Kategorie.“

Homeoffice kommt gut an

Was vor der Coronapandemie für viele Berufstätige nur selten vorkam, wurde ab März 2020 zu einem dauerhaften Zustand: Homeoffice. Die Umfrage zeigt allerdings, dass die Option Homeoffice stark vom formalen Bildungshintergrund abhängt. Ist der allgemeine Schulabschluss hoch, ist auch der Anteil derjenigen, die von zu Hause aus arbeiten konnten, hoch. 82 Prozent der Umfrageteilnehmer, die einen Hochschulabschluss vorweisen, konnten bzw. mussten ins Homeoffice wechseln. Von den Befragten, die einen Hauptschulabschluss haben, konnten lediglich 21 Prozent ihrer Arbeit aus dem Homeoffice heraus nachgehen. „Es ist davon auszugehen, dass mit höheren formalen Bildungsabschlüssen eine Jobsituation mit einem Büroarbeitsplatz – und somit auch die grundsätzliche Möglichkeit von zu Hause aus arbeiten zu können – wahrscheinlicher ist. Darüber hinaus ist aber auch die Tätigkeit beziehungsweise die Branche wesentlicher Einflussfaktor für die Höhe des Homeoffice-Anteils. Entsprechende Daten wurden in dieser Umfrage jedoch nicht erhoben“, schreiben die Autoren. Besonders angenehm für Arbeitnehmer, die in den eigenen vier Wänden arbeiten konnten, war der Wegfall der Arbeitswege. 70 Prozent fanden es gut, dass sie aufs Pendeln verzichten konnten. Doch gab es auch viele kritische Stimmen, denn häusliche Enge, soziale Isolation sowie die Kinderbetreuung waren belastende Homeoffice-Erfahrungen für die Umfrageteilnehmer. „Ein Hauptnachteil des Arbeitens von zu Hause aus liegt für die Befragten im sozialen Miteinander: Der überwiegenden Mehrheit (63,7 %) fehlten Kontakt und Austausch mit Kolleg*innen“, so die Autoren und weiter: „Die Befragungsergebnisse zeigen, dass es perspektivisch Regelungen brauchen wird für mehr Flexibilität der Arbeit – diese sollten Vor- und Nachteile des Arbeitens von zu Hause bei deren Ausgestaltung im Blick behalten.“

Christian Esser

Foto: Robert Kneschke - stock.adobe.com

Alltag in der Coronapandemie: Unterwegs im ÖPNV mit Maske

POLITISCHER HOCHGENUSS

Beim traditionellen Spargelessen trifft Polit-Talk auf Kulinarik

Fotos: Ingrun Sauer

Olaf Ziegs, stellvertretender Regionalvorsitzender (links) und Frank Oelschläger, Regionalvorsitzender (rechts) des Regionalkreises der Familienunternehmer, schätzen den Austausch mit Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Ende Mai luden die Familienunternehmer zusammen mit den Jungen Unternehmern zum traditionellen Spargelessen ein. Unter den geladenen Gästen war auch Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die in einem Vortrag einen Zwischenstandsbericht über den politischen Kurs der Stadt zu einem nachhaltigeren Köln abgab.

40 geladene Gäste folgten der Einladung des Regionalkreises des Wirtschaftsverbandes in die Wolkenburg. Das ehemalige Kloster gehört zu den schönsten innerstädtischen Eventlocations, die Köln zu bieten hat. Kein Wunder also, dass sie zu den Orten gehört, die von dem Wirtschaftsverbund gerne für Veranstaltungen gebucht werden.

Während der Regionalkreis der Familienunternehmer und der Jungen Unternehmer derzeit 300 Mitglieder umfasst, gibt es auf Landesebene 1.500 und bundesweit sogar 6.000. Darunter befinden sich mittelständische Unternehmen ab zehn Mitarbeitern ebenso wie Wirtschaftsriesen mit deutlich mehr als 10.000 Angestellten. Allein im Kölner Raum finden jährlich circa 15 bis 25 Veranstaltungen statt, zu denen jeweils etwa 15 bis 220 Personen kommen. Darunter befinden sich Polit-Talks, Unternehmer-Treffs, Sport-Treffs, Stammtische, eine Unternehmergala sowie ein Africa Business Forum. Und natürlich das traditionelle Spargelessen, das in diesem Jahr nach coronabedingter Zwangspause zum fünften Mal stattfand.

Neben dem Netzwerken untereinander und dem Genuss von traditionell zubereitetem Spargel mit Sauce Hollandaise an Kartoffeln und Püree steht bei jedem Spargelessen ein Vortrag eines hochkarätigen Gastes im Mittelpunkt des Abends. Oberbürgermeisterin Henriette Reker folgte der Einladung bereits zum zweiten Mal, zur Freude aller Anwesenden: „Frau Reker nimmt sich wirklich Zeit für uns als Wirtschaftsverband, hört sich unsere Belange an, eruiert sie und gibt uns immer eine Antwort. Das ist toll und nicht selbstverständlich. Wir sind ihr sehr dankbar dafür“, erzählt Olaf Ziegs, Stellvertretender Regionalvorsitzender der Familienunternehmer. Nach dem Sektempfang mit Flying Fingerfood im Innenhof der Wolkenburg ging es dann auch gleich politisch zur Sache. Im Amadeus Raum eröffneten Olaf Ziegs und Frank Oelschläger, der Vorsitzende des Regionalverbundes, den Abend und übergaben das Wort sogleich an Henriette Reker, die sich ihrerseits für die Einladung bedankte und sagte, dass der Austausch mit dem Verband keine Einbahnstraße sei, sondern sie Impulse erlebe, die ihre Arbeit anregten.

Ukraine-Krieg stellt Stadt vor Herausforderungen

Seit einigen Monaten überschattet der Krieg in der Ukraine direkt oder indirekt viele Bereiche des täglichen Lebens. So auch die ohnehin vorhandenen Herausforderungen der Stadt Köln, die klimafreundlicher werden will, von den Einwohnerzahlen her weiter wächst, beim Bau von neuen Wohnungen jedoch an die Stadtgrenzen gebunden ist und dabei auch nicht auf die Vielzahl vorhandener Grünflächen verzichten will. Aktuell halten sich in Köln 11.000 bis 12.000 Geflüchtete aus der Ukraine auf. Viele von ihnen seien privat unterbracht, was die große Hilfsbereitschaft der Kölner*innen zeige, so Reker. Alle Flüchtlinge werden nach dem Sozialgesetzbuch II aufgenommen, was unter anderem bedeutet, dass die Kinder so schnell wie möglich eingeschult werden. Dies gehört neben steigenden Energiekosten und geringeren Gewerbesteuereinnahmen zu den größten Herausforderungen, da Schulplätze in Köln ohnehin knapp sind. Henriette Reker bleibt trotz allem zuversichtlich: „Mein Amtsverständnis besteht nicht nur darin zu analysieren, sondern auch Chan-

cen zu sehen.“ Denn ein Problem zu erkennen ist das eine, eine konkrete Lösung zu entwickeln, das andere.

Nachhaltiges Bauen

Schon vor der Aufnahme der Flüchtlinge stellte der Ausbau von Schulen ein großes kommunalpolitisches Thema dar. Um den Bedarf an Schulen zu decken, nimmt die Stadt Köln 2,5 Milliarden Euro für den Bau von mindestens 50 Schulen in die Hand. Erste Grundsteine wurden auch im wortwörtlichen Sinne bereits gelegt. Ebenso wie beim Bau neuer Stadtteile wie Köln-Kreuzfeld im Stadtbezirk Chorweiler oder dem Deutzer Hafen wird auch bei den geplanten Schulen von vornherein darauf geachtet, nachhaltig und klimaneutral zu bauen. Apropos klimaneutrales Köln 2035: Auch hier wirft der Krieg aufgrund des steigenden Rohstoffmangels seine Schatten: „Einerseits hilft das steigende Energiebewusstsein aufgrund der Verknappung von Ressourcen, andererseits könnte eben diese Verknappung das Ziel verhindern“, so Reker. Denn schließlich brauche man Rohstoffe wie Glas, um Fotovoltaik produzieren zu können. Im Zusammenhang mit Fotovoltaik verwies Reker auch auf die Solaroffensive der Stadt Köln, die einen wesentlichen Baustein auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt darstelle. Erst kürzlich wurden die Fördermittel zum Bau von Fotovoltaikanlagen von einer Million Euro auf 20 Millionen Euro erhöht. Das Antragsverfahren ist inzwischen in vereinfachter Form auch online möglich und richtet sich an Privathaushalte ebenso wie an Unternehmen.

Mobilität im Kleinen und Großen

Das Thema Mobilität impliziert bekanntermaßen viele Teilbereiche. Einer davon ist eine attraktive Innenstadt. Sie sollte einerseits von außen gut zu erreichen sein, sodass es ein Verkehrskonzept geben muss, wie die Menschen einfach in die Innenstadt gelangen. Andererseits sollte darauf geachtet werden, dass die Bürger und Besucher der Stadt sich dort möglichst wohlfühlen und sich gerne länger dort aufhalten. Daher soll die Kölner Innenstadt zunehmend von Autos befreit werden, was unter anderem durch den Ausbau von Fahrradstraßen und Straßenbahnlinien gelingen soll. Auch privat verzichtet Henriette Reker so oft wie möglich auf das Auto: „Ich bewege mich am liebsten zu Fuß fort, kann das aber für den Weg ins Büro leider nicht machen, weil ich dafür zu weit weg wohne. Ich fahre daher manchmal mit dem Bus oder natürlich auch mit meinem Dienstwagen, weil er einfach auch mein Arbeitsplatz ist.“ Das Schöne an einer so intimen Veranstaltung wie dem traditionellen Spargelessen der Familienunternehmer ist, dass in diesem Rahmen durchaus auch aus dem Nähkästchen geplaudert wird. Und so verriet Reker den Gästen eine kleine Anekdote aus ihrem Privatleben zum Thema Busfahren: „Ich bin schon mal Weihnachten sehr bepackt aus der Stadt gekommen und in den Bus gestiegen. Als der Busfahrer mich erkannt hat, bot er mir an, mich nach Hause zu fahren, da ich unweit der Endhaltestelle wohne. Er hat das zwar gut gemeint, aber das konnte und wollte ich nicht annehmen.“

Bei den Themen Mobilität und Nachhaltigkeit liegt es nahe, auch einen Blick auf die E-Mobilität zu werfen. Auf die Frage, wie es um Ladestationen für E-Autos in der Stadt stünde und ob es eine Option sei, Dienstwagen auf E-Autos umzustellen, antwortete die Oberbürgermeisterin folgendermaßen: „Wir haben das Ziel, 24.000 zusätzliche Ladestationen zu bekommen. Ich finde das Thema ganz wichtig, ich hätte auch gerne einen Dienstwagen, der elektronisch betrieben wird. Jetzt gibt es zwar ein Kölner E-Auto, aber leider eignen sich seine Sitze nicht als Arbeitsplatz. Daher fahre ich derzeit einen Hybrid von Ford. Meine Kollegen fahren teilweise bereits Fahrzeuge, die eine vollständige E-Möglichkeit haben.“

Digitalisierung der Verwaltung

Ebenfalls eng mit dem Nachhaltigkeitsbegriff verknüpft ist das Thema Digitalisierung. Zunächst durch die Pandemie und die mit ihr einhergehende Notwendigkeit der Arbeit aus dem Homeoffice, jetzt durch den zunehmenden Papiermangel, ist Digitalisierung wichtiger denn je. Bereits seit Amtseintritt 2015 arbeitet Reker an einer Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Allein 22.000 Mitarbeitende zählt die Kernverwaltung der Stadt Köln. „Die Verwaltung muss besser funktionieren. Wir haben zwar noch nicht die modernste Verwaltung Deutschlands, aber wir sind auf einem guten Weg dorthin“, so Reker. Neben der Einführung von Homeoffice auch außerhalb von Lockdowns für immer mehr Mitarbeitende ist die digitale Bauakte ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. Hierbei können Bauanträge digital eingereicht werden, sodass parallel an mehreren Anträgen gearbeitet werden kann. Aktuell befindet sich die digitale Bauakte noch in einer Testphase, ab Mitte September sollen alle Antragsteller die Möglichkeit erhalten, ihren Antrag digital einzureichen.

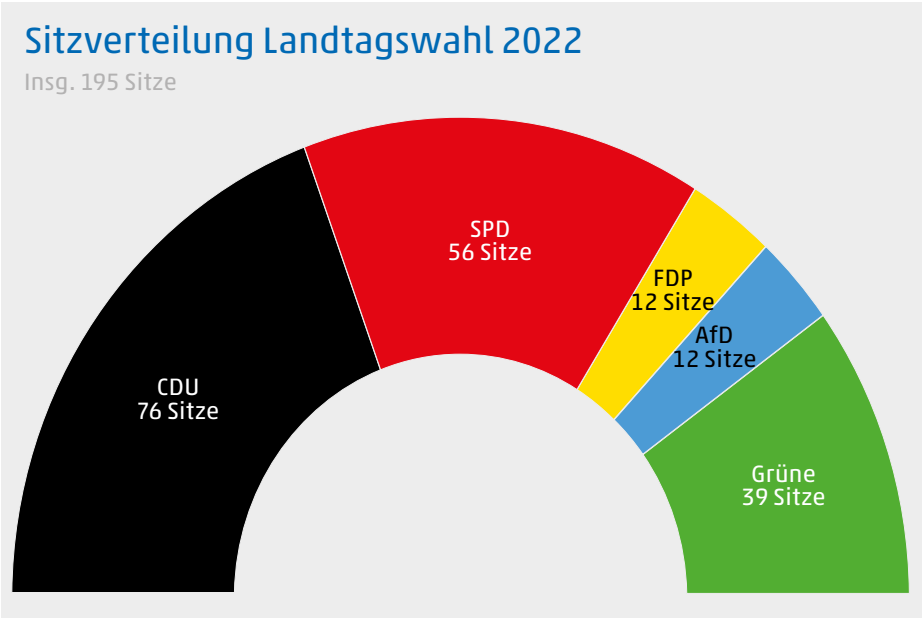
Trotz der steigenden Herausforderungen bleibt Reker zuversichtlich: „Als ehemalige Sozialdezernentin werde ich alles dafür geben, dass unsere Stadt nicht in einen Nothaushalt rutscht.“

Jana Leckel

TÜV SÜD
AES EN 50518
midas
LEITSTELLE
melden · informieren · dokumentieren · alarmieren · steuern
ALARMAUFSCHALTUNG
VIDEOÜBERWACHUNG
AUFZUGNOTRUF
INDIVIDUELLE LÖSUNGEN
emil weber GmbH & Co. KG · Kornmarkt 14 – 16 · 57072 Siegen
Tel.: 0271 400300 · E-Mail: info@midas-leitstelle.de
www.midas-leitstelle.de

NRW HAT GEWÄHLT

CDU und Grüne mit Zuwächsen – Wahlbeteiligung auf Rekordtief



Quelle: Ministerium des Innern - Landeswahlleiter-

Die Wahlberechtigten in NRW haben einen neuen Landtag gewählt. Die CDU erzielte dabei mit deutlichem Vorsprung das beste Ergebnis, gefolgt von der SPD. Die Grünen legten deutlich zu und konnten ihr Ergebnis fast verdreifachen. Der größte Verlierer der „kleinen Bundestagswahl" ist die Wahlbeteiligung. Nur 55,5 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimmen ab – ein historischer Tiefststand.

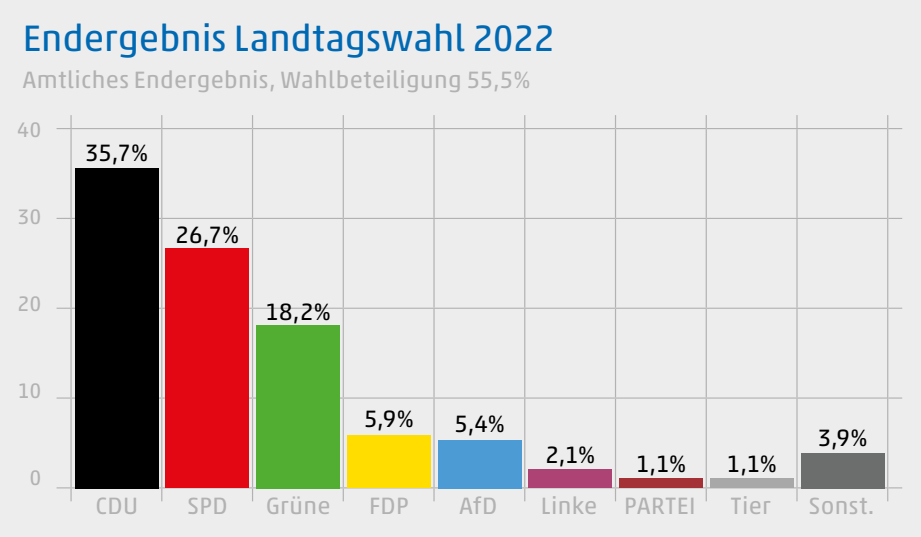
Der Jubel bei den Wahlpartys der CDU und der Grünen war groß am Wahlabend. Mit 35,7 Prozent wurde die CDU klar die stärkste Kraft und konnte das Ergebnis der Landtagswahlen von 2017 leicht verbessern. Deutliche Verluste verbuchte hingegen die SPD, die nur 26,7 Prozent der Wählerstimmen holen konnte, ein Minus von 4,5 Prozent. Die FDP, die bisher zusammen mit der CDU in NRW regierte, wurde vom Wähler abgestraft und holte nur noch 5,9 Prozent bei den Landtagswahlen. Im Jahr 2017 waren es noch 13,6 Prozent gewesen. Die AfD verbuchte ebenfalls Verluste. Mit 5,4 Prozent der Wählerstimmen zieht die Partei wieder in den Düsseldorfer Landtag ein. 2017 bekam die Partei noch 7,4 Prozent der Stimmen. Die Linkspartei verpasste erneut den Einzug in den Landtag und holte nur noch 2,1 Prozent der Wählerstimmen. 2017 verfehlte die Partei mit 4,9 Prozent nur ganz knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Die anderen Parteien kamen gemeinsam auf sechs Prozent und legten um 1,5 Prozentpunkte zu. Der künftige NRW-Landtag umfasst insgesamt 195 Sitze. Die absolute Mehrheit ist ab 98 Sitzen möglich. Die CDU bekommt 76 Sitze, die SPD 56, die Grünen erhalten 39 Sitze, FDP und AfD jeweils zwölf.

Grüne Gewinner in Köln

Die Landtagswahlen in NRW haben mit Blick auf die einzelnen Ergebnisse gewohnte, aber auch ungewohnte Eindrücke hinterlassen. Während die SPD wie gewohnt im Ruhrgebiet einen Großteil der Direktmandate einfahren konnte, so wie auch in der Region Ostwestfalen-Lippe, zeigt sich die CDU im restlichen NRW-Gebiet stark. Auffällig sind aber dabei besonders die Ergebnisse der Grünen in großen Städten. Im Raum Münster sowie in Aachen konnte die Partei drei Direktmandate erzielen. Besonders gut lief es für die grünen in Köln. Von den sieben möglichen Direktmandaten über die Erststimmen konnte die Partei insgesamt vier Sitze abräumen. Die SPD holte in Köln zwei Direktmandate, die CDU nur eins. Die Lokalverbände von CDU und SPD können mit diesem Ergebnis nicht zufrieden sein und sind es auch nicht. „Insgesamt können wir mit dem Wahlergebnis in Köln nicht zufrieden sein. Das war eine Niederlage für unsere Partei und unsere Kandidaten. Wir müssen die bereits begonnene inhaltliche Erneuerung der Kölner CDU nun konsequent fortsetzen. Es muss eine Diskussion darüber geführt werden, wie wir wieder ein attraktiveres Angebot für alle Kölnerinnen und Kölner schaffen können. Die CDU Köln muss klare und überzeugende Antworten geben können auf die Fragen, die die Menschen bewegen und umtreiben", erklärt der geschäftsführende Parteivorstand der CDU Köln. Große Freude dagegen bei den Kölner Grünen. „Dieses Ergebnis ist ein großer Anlass zur Freude, aber auch ein Auftrag: Wir brauchen eine echte, sozial gerechte Energiewende für NRW und ein Ende der Abhängigkeit von Autokraten wie Putin. Wir müssen die Mobilitätswende endlich umsetzen und die Industrieregion Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Region Europas machen", sagte der Co-Vorsitzende der Kölner Grünen, Frank Jablonski, der eins der vier Direktmandate in Köln gewinnen konnte.

Koalition der Gewinner?

Die Zeichen für die kommende Legislaturperiode im NRW-Landtag in Düsseldorf stehen klar auf eine Koalition der beiden Wahlgewinner, CDU und Grüne. Im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl im Jahr 2017 konnten die Grünen ihr Ergebnis fast verdreifachen und holten insgesamt 18,2 Prozent. Die CDU konnte ebenfalls leicht zulegen und verbesserte sich um 2,7 Prozentpunkte auf 35,7 Prozent (vorherige LTW: 33 Prozent). Grüne und CDU wollen nun in Koalitionsgesprächen prüfen, ob eine gemeinsame Regierung unter Hendrik Wüst möglich ist. Es wäre die dritte Koalition von Grünen und CDU auf Länderebene. Die Gespräche laufen bereits. „Die CDU nimmt damit ihre Verantwortung aus dem Ergebnis der Landtagswahl wahr, eine stabile Regierung für unser Land zu bilden. Wir haben das Ergebnis der Sondierung diskutiert. Es ist insgesamt eine tragfähige Grundlage für Koalitionsverhandlungen", so NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst. „Nach rund einer Woche intensiver, offener und ehrlicher Sondierungsgespräche mit der CDU Nordrhein-Westfalen haben wir unserem kleinen Parteitag heute ein Ergebnis vorlegen können, das eine gute Grundlage für Koalitionsverhandlungen legt. Deshalb freuen wir uns sehr über die breite Zustimmung des Parteitags, diese Grundlage jetzt weiter ausbauen zu können. Uns ist klar, dass noch viel Arbeit, anstrengende Verhandlungsstunden und durchaus weite Wege vor uns liegen. Wir sehen aber die ehrliche Bereitschaft auf allen Seiten, genau das auf Au-



Quelle: Ministerium des Innern -Landeswahlleiter-

genhöhe zum Erfolg zu bringen“, sagen Mona Neubaur, Spitzenkandidatin und Landesvorsitzende, und Felix Banaszak, Landesvorsitzender der Grünen in NRW. In Hessen und Baden-Württemberg gibt es die Kombination bereits. In Baden-Württemberg ist die CDU allerdings Juniorpartner unter dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann.

Stimmen zur Wahl:

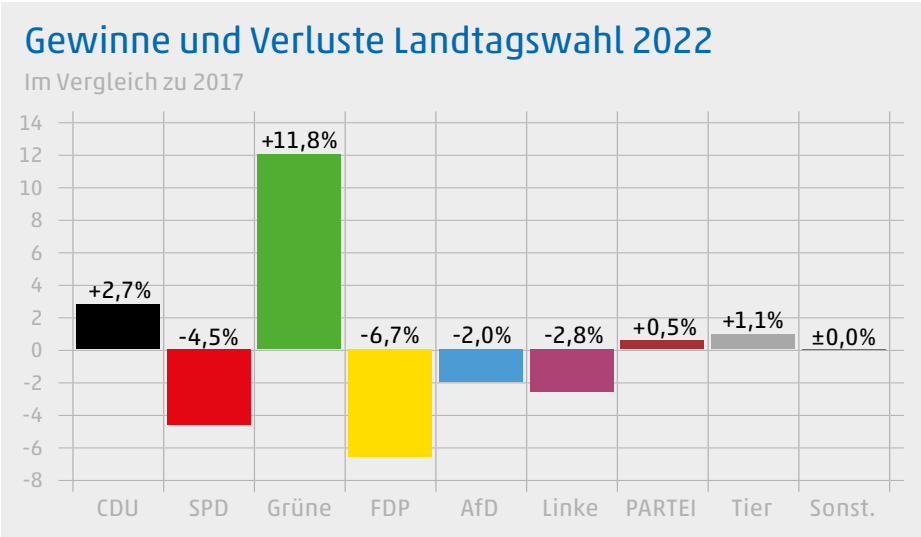
„Von der künftigen Landesregierung fordere ich ein deutliches Bekenntnis zur Industrie. Die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Industrie ist das Fundament unseres Wohlstands und dient der Bewältigung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Herausforderungen. Immerhin wird jeder fünfte Euro des deutschen Industrieumsatzes in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet“, sagt *Wolfgang Reß, Hauptgeschäftsführer kölnmetall und Geschäftsführer ARBEITGEBER KÖLN*.

„Das Ergebnis ist ein klarer Regierungsbildungsauftrag an Hendrik Wüst. Eine neue CDU-geführte Landesregierung darf dabei auch durch eine veränderte Farbkonstellation nicht von ihrem Wachstumskurs abkommen. Viele Themen wie die flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung müssen ohne neue Schulden nach vorne gebracht werden. Von der nächsten Koalition fordern wir wieder ein klares Bekenntnis zur Schuldenbremse! Auch muss die Bewältigung des Fachkräftemangels – als eines der größten Investitions- und Wachstumshemmnisse in NRW – maßgeblich die nächste Regierungsagenda prägen. Flächendeckende Ganztagsbetreuung, ein Fokus auf MINT-Fächer an den Schulen sowie eine frühzeitige Berufsorientierung sind daher dringende Aufgaben der nächsten Koalition“, sagt *David Zülow, Landesvorsitzender von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in NRW*.

Fazit:

Die Landtagswahlen 2022 in NRW kennen zwei Gewinner und viele Verlierer. Gewonnen haben ohne jeden Zweifel die CDU und noch klarer die Grünen. Regional gab es allerdings noch einmal besondere Gewinner, beispielsweise in Köln. Die Grünen sind in der Rheinmetropole die größten Gewinner und gleichzeitig stärkste Kraft. Reihenweise wurden Direktmandate abgestaubt, die sonst eigentlich für SPD und CDU „reserviert“ waren. Vier von sieben Mandaten konnten sich die Kölner Grünen sichern. Den Lokalverbänden von CDU und SPD dürfte das Kopfschmerzen bereiten. Die Zeichen stehen im Landtag in Düsseldorf nun auf eine Koalition der Gewinner und das sind eben CDU und Grüne. Koalitionsgespräche laufen bereits. Der Wahlabend brachte auch viele Verlierer hervor. Die größte Verliererin ist dabei nicht etwa die SPD, FDP, AfD oder die Linkspartei, die deutlich vom Wähler abgestraft wurden – die SPD erzielte sogar einen Minusrekord bei den erhaltenen Stimmen –, sondern die Wahlbeteiligung. Nur 55,5 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimmen ab. Oder anders gesagt, von 20 Leuten haben nur elf den Weg zur Urne oder zum Briefkasten angetreten. Das kann man nicht auf sich beruhen lassen. Sämtliche Parteien sind aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten, um künftig wieder mehr Menschen davon zu überzeugen, dass ihre Stimme wichtig ist. Doch auch die Medien sind hier gefragt. Die Berichterstattung über die Coronapandemie und auch den bewaffneten Konflikt in der Ukraine hat offenbar nur wenig Spielraum für intensive Wahlberichterstattung im Vorfeld zugelassen. Daher wundert es nicht, dass die Bekanntheitswerte der beiden Kandidaten beispielsweise von SPD und Grünen auf sehr niedrigem Niveau waren und sind. Auch dies könnte ein Grund für die äußerst niedrige Wahlbeteiligung gewesen sein.

Christian Esser



Quelle: Ministerium des Innern -Landeswahlleiter-

Anzeige

TRADITION IM MÖBELBAU

Die in Wiesbaden angesiedelte Schultz GmbH & Co. KG blickt auf eine fast 125 Jahre lange Unternehmensgeschichte.

Foto: Schultz GmbH & Co. KG / AOKE

Funktionale Büromöbel und moderne Betriebseinrichtungen bilden den Schwerpunkt der Schultz Möbelproduktion

Die Anfänge reichen dabei zurück bis ins Jahr 1898. Seinerzeit legte Emil-Max Schultz den Grundstein für ein modernes, von einer Dampfmaschine getriebenes Sägewerk. Der Schwerpunkt lag anfangs im Laubholzeinschnitt für Radspeichen, Grubenholz, Parkett und Schiffsausrüstung. Durch die Erweiterung aufs Zimmereigeschäft ergänzten Kanthölzer, Bohlen und Bretter die Produktpalette.

Heute werden neben Naturholz und Stahl auch moderne Holzwerkstoffe und Kunststoffe verarbeitet. Der Fokus liegt dabei auf der Produktion von Büromöbeln und Betriebseinrichtungen, die direkt an den gewerblichen Endkunden geliefert werden. Maßgeschneiderte Sonderanfertigungen runden das Produktportfolio ab. Im Gespräch mit Die Wirtschaft erklärt Geschäftsführer Nicolas Schultz, wie sein Unternehmen in diesen turbulenten Zeiten erfolgreich agiert.

DIE WIRTSCHAFT: Herr Schultz, Ihr Familienunternehmen, die Schultz Möbelproduktion, wurde im Jahre 1898 gegründet. Sie führen das Unternehmen nun in 4. Generation. Wie sind Sie in die Rolle hineingewachsen?

Nicolas Schultz: Als Zehnjähriger verdiente ich mir zusammen mit Freunden etwas Taschengeld in den Sommerferien beim Stecken von Werbebriefen. Später war ich Postabholer und half in den Ferien in der Möbelproduktion aus. Während meines Studiums übernahm ich die Leitung des Marketings.

DIE WIRTSCHAFT: In der Verantwortung zu stehen bei einem traditionsreichen und erfolgreichen Familienunternehmen, ist das immer nur Freude oder ab und an auch eine Belastung?

Nicolas Schultz: Nur Freude am Arbeitsplatz zu haben, ist sicher ein Traumziel. Der Alltag bringt viele Hochs und auch einige Tiefs mit sich. Die Art und Weise, wie wir mit den Tiefs umgehen, entscheidet über unsere Zufriedenheit und unsere Entwicklung.

DIE WIRTSCHAFT: Wie sind Sie bisher durch die Krisenzeiten der vergangenen Jahre, speziell Corona, gekommen?

Nicolas Schultz: Im März 2020 brachen uns 95 Prozent unserer Gewerbekunden weg. Im gleichen Moment kauften Privatkunden unsere Möbel für ihr Homeoffice. Am Jahresende lagen wir bei einem Umsatzplus von 20 Prozent.

DIE WIRTSCHAFT: Der Konflikt Russland/Ukraine belastet die Weltmärkte außerdem, Holz hat sich deutlich verteuert. Wie kommt Ihr Unternehmen mit diesen Belastungen klar? Inwieweit kann man diese Steigerungen an den Kunden weitergeben?

Nicolas Schultz: Tatsächlich haben sich seit Corona die Holz-, Stahl- und Transportpreise nur in eine Richtung extrem entwickelt. Nicht jede Preissteigerung ist für mich nachvollziehbar und nur dort, wo wir keinen Spielraum mehr haben, passen wir unsere Verkaufspreise an.

DIE WIRTSCHAFT: Als Familienunternehmen, als solider Mittelständler, hat man ja mit einigen Widrigkeiten zu kämpfen, z. B. Belastungen durch Abgaben und Regelungswut. Wie kommt man damit parat? Tut man sich evtl. mit anderen zusammen? Tauscht man sich mit anderen Unternehmern aus?

Nicolas Schultz: Seit Jahrzehnten wird die Entbürokratisierung Deutschlands gefordert. Bisher wurde definitiv zu wenig umgesetzt.

DIE WIRTSCHAFT: Welchen Problemen sehen Sie sich ausgesetzt, z. B. in Sachen Infrastruktur? Welche Forderungen hätten Sie an die Politik, um Erleichterungen zu schaffen?

Nicolas Schultz: An Pfingsten nutzten wir für einen Auslandsaufenthalt die deutsche Bahn. Nach vielen ungeplanten Stopps verpassten wir auf beiden Strecken so gut wie jede geplante Anschlussverbindung. Das 9-Euro-Ticket kam als Stressverstärker für alle DB-Mitarbeiter noch hinzu.
Die Idee, öffentliche Verkehrsmittel über den Preis für jeden attraktiv zu machen, ist gut, nur sollte das Projekt nicht zeitlich begrenzt sein und die Umsetzung gewährleistet sein.

DIE WIRTSCHAFT: Was zeichnet Ihr Unternehmen aus?

Nicolas Schultz: Als Familienunternehmen handeln wir verantwortungsvoll mit gegenseitigem Respekt. Bis Ende 2022 werden wir klimaneutral, das ist nicht innovativ, sondern mehr als überfällig!

DIE WIRTSCHAFT: Sie feiern ja, wenn wir richtig rechnen, nächstes Jahr Ihr 125-jähriges Firmenjubiläum? Gibt es schon Gedanken über die Art der Feierlichkeiten?

Nicolas Schultz: Wenn alles gut geht, feiern wir den Relaunch unseres Onlineshops, auch mit einem Jubiläum – 25 Jahre online. Im neuen Shop können unsere Kunden ihre Möbel 3-D-konfigurieren, die Möbel über ihr Handy in ihren Räumen anschauen und dann direkt bestellen.

Heribert Eiden

RUHESTAND UND VERTRAGSVERLÄNGERUNG

Koelnmesse: Herbert Marner geht in Ruhestand, Gerald Böse verlängert seinen Vertrag

Foto: Koelnmesse GmbH / Rüdiger Nehmzow

Nach über 20 Jahren in der Geschäftsführung der Koelnmesse geht Herbert Marner in den wohlverdienten Ruhestand

Herbert Marner (66), seit über 20 Jahren Geschäftsführer der Koelnmesse, geht in den verdienten Ruhestand. An seinem letzten Arbeitstag, dem 31. Mai 2022, verabschiedete er sich gebührend von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Seinen Geschäftspartnern, dem Team der Koelnmesse sowie dem Kölner Umfeld wird der 66-jährige langjährige Finanzchef mit seinem planerischen Weitblick und bester Vernetzung in der Region in bester Erinnerung bleiben. Auch seine authentische Persönlichkeit und seine ruhige Hand im turbulenten Messegeschäft werden in vielen Abschiedsgrüßen gewürdigt. Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Aufsichtsratsvorsitzende der Koelnmesse, würdigte Herbert Marner als „Manager alter Schule im besten Sinne“. Er habe sich sowohl ein Stück Start-up-Mentalität als auch Agilität stets erhalten. Messechef Gerald Böse, mit dem Marner vierzehn gemeinsame Jahre in der Geschäftsführung verbracht hat, erinnert sich, dass man sich, „mit unterschiedlichen Temperamenten und Fähigkeiten ausgestattet“, hervorragend ergänzt habe. „So haben wir die Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden, umfassende Restrukturierungen gestemmt und die Koelnmesse vom Sorgenkind der Messebranche zum Vorbild für einen gelungenen Turnaround gemacht“, so Böse.

Marner selbst blickt mit Stolz auf die Bewältigung der Krisenjahre des Unternehmens und die erfolgreichen Jahre vor der Pandemie zurück. Er sei dankbar für das Vertrauen der Gesellschafter, der politisch Verantwortlichen und der Mitarbeiter in ihn. Seine abschließende Botschaft an Köln: „Pflegen und unterstützen Sie weiter das Juwel, das Sie mit der Koelnmesse haben! Es wird auch in Zukunft ein Garant für die gute Entwicklung der Stadt Köln sein.“

Nach dem Ausscheiden von Herbert Marner führen in Zukunft Gerald Böse als Vorsitzender der Geschäftsführung und Oliver Frese als Chief Operating Officer als zweiköpfige Geschäftsführung das Unternehmen.

Während Herbert Marner in den wohlverdienten Ruhestand geht, hat Gerald Böse, seit 2008 Vorsitzender der Geschäftsführung, seinen Vertrag bis 2028 verlängert.

Henriette Reker zeigt sich erfreut: „Ich finde es gut, dass es uns mit der Vertragsverlängerung eines so erfahrenen Managers gelungen ist, Kontinuität für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts und der Region zu gewährleisten. Zuletzt in den schwierigen Zeiten der Pandemie hat Herr Böse bewiesen, wie erfolgreich er das Unternehmen an neue Herausforderungen anpasst.“

Gerald Böse bedankte sich für das Vertrauen, das in ihn und in das gesamte Messeteam gesetzt wird. Er betrachte es „als vordringliche Aufgabe, die Koelnmesse zurück in die Erfolgsspur zu lenken, um so auch den Standort massiv zu unterstützen“. Dazu bedürfe es kluger Schritte der Entwicklung der Veranstaltungen, des Geländes, der Digitalisierung und der weiteren Internationalisierung des Geschäfts. „Das werden wir in bewährter Teamarbeit mit unseren Messepartnern im In- und Ausland sowie unseren Gesellschaftern umsetzen“, so Gerald Böse.

Böse, bereits seit 1989 im Messegeschäft tätig, kam im März 2008 nach Köln und trat den Posten des Messechefs an. Nach Überwindung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wuchs das Unternehmen unter seiner Führung kontinuierlich und soll weiterwachsen. So investiert die Koelnmesse bis 2034 im Rahmen des Programms Koelnmesse 3.0 mehr als 700 Millionen Euro in Köln.

Monika Eiden

Foto: Koelnmesse GmbH / Rüdiger Nehmzow

Gerald Böse, seit 2008 Vorsitzender der Geschäftsführung der Koelnmesse, hat seinen Vertrag bis 2028 verlängert

PERSONAL- UND FACHKRÄFTEMANGEL

Handlungsmöglichkeiten im Lichte der aktuellen nationalen und internationalen politischen Einflüsse und der Rechtsprechungspraxis

Foto: MH - stock.adobe.com

Die Situation ist allseits bekannt – es herrscht Personalnot allerorten. Eigenes Personal bedarfsgerecht aufzubauen ist aufwendig und teuer, fertige Fachkräfte sind am Arbeitsmarkt kaum zu haben. Und selbst dort, wo Fachkräfte vorhanden sind, ist eine Beschäftigung zum Tariflohn nicht immer möglich. Auf alternative Personaleinsatzformen wie etwa Leiharbeit und Auftragsvergabe an Dritte wird vielfach verzichtet angesichts eines allgemeinen Unwohlseins über die Auflagen des Gesetzgebers und drohende Sanktionen bei Verstößen. Welche Möglichkeiten stehen wirklich zur Verfügung, um die derzeitigen Herausforderungen effektiv zu bewältigen?

Beschäftigung und Qualifizierung eigenen Personals

Unternehmen stehen mehr denn je vor der Herausforderung, vor allem ihre langgedienten Arbeitnehmer für die Gegebenheiten der sich ständig wandelnden Arbeitsrealität fit zu machen. Der Schlüssel zum Erfolg heißt Weiterbildung. Das hat die Politik gesehen, als sie zum 1. Januar 2019 das Qualifizierungschancengesetz auf den Weg brachte, welches unter anderem die staatliche Förderung von Aus- und Weiterbildung eigenen Personals bei strukturbedingtem Qualifizierungsbedarf vorsieht. Ob aber die Hürden des Gesetzgebers zu hoch ausfallen für betroffene Unternehmen? Die Praxis zeigt, dass Unternehmen – soweit ersichtlich – seit drei Jahren von der Fördermöglichkeit kaum Gebrauch gemacht haben. Nun weckt die Ampelregierung mit dem im Koalitionsvertrag avisierten Qualifizierungsgeld neue Hoffnungen. Die geplante Förderung soll künftig Unternehmen im Strukturwandel zur Verfügung stehen und durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden. Noch ist nichts bekannt zur geplanten Gestaltung und Umsetzung dieser Initiative – man darf gespannt sein.

Wird neu eingestellt, so ist zunächst die befristete Anstellung beliebt. Die Praxis, befristet einzustellen, um sich vom Mitarbeiter unproblematisch und ohne Kündigung und Rechtsstreit auch wieder lösen zu können, trifft heute allerdings auf wenig Gegenliebe bei den raren Bewerbern. Es darf aber auch beherzt unbefristet eingestellt werden, denn gerade in den besonders vom Personal- und Fachkräftemangel betroffenen Branchen Logistik und IT sowie im Gesundheitssektor sind die Konsequenzen im Trennungsfall wirtschaftlich meistens gut zu verschmerzen. Weil sich hier regelmäßig sehr schnell Anschlussbeschäftigungen finden, werden Trennungen einfacher. Und der Mitarbeiter, dem gekündigt wurde, kann – und muss! – ggf. schon vom Zeitpunkt seiner Freistellung an eine angemessene Ersatzbeschäftigung aufnehmen. So erzielte Entgelte (wie im Übrigen auch böswillig trotz zumutbarer Arbeit nicht erzielte Entgelte) sind, soweit nicht anders vereinbart, auf das vom Arbeitgeber zu zahlende Entgelt anzurechnen. Sollte also eine einvernehmliche Trennung nicht möglich sein, kommt es bei dem besonders hoch im Kurs stehenden Personal vielfach zu einer drastischen Senkung des Annahmeverzugslohnrisikos, d. h., die Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers ist auch im Fall seines gerichtlichen Unterliegens endlich.

Hat der Unternehmer entgegen allen Schwierigkeiten mit seiner Befristungsstrategie am Markt jedoch Erfolg, kann er bei Neueinstellungen weiterhin sogenannte Sachgrundbefristungen wie auch Befristungen ohne Sachgrund vereinbaren. An dem Nebeneinander der beiden Befristungsformen soll sich auch laut Koalitionsvertrag bis auf Weiteres nichts ändern. Geplant ist lediglich die schrittweise Reduzierung der sachgrundlosen Befristung im öffentlichen Bereich. Eingeschränkt werden sollen dagegen die sogenannten Kettenbefristungen, also die Aneinanderreihungen mehrerer mit Sachgrund befristeter Arbeitsverträge eines Arbeitnehmers beim selben Arbeitgeber. Die Regierung plant hier eine zeitliche Beschränkung auf maximal sechs Jahre. Unabhängig davon deutet sich in der Rechtsprechungspraxis an, dass die Durchsetzung von Befristungen wegen eines vorübergehenden Mehrbedarfs immer schwieriger wird. Denn häufig reicht den Gerichten nicht mehr aus, dass Arbeitgeber ihren vorübergehenden Mehrbedarf allein mit ihren Auftrags- und/oder Umsatzzahlen belegen. Ein anderweitiger Beleg fällt in der Praxis aber häufig schwer.

Nicht geändert hat sich, dass bei der sachgrundlosen Befristung mit besonderer Sorgfalt auf die Einhaltung der formalen Voraussetzungen geachtet werden muss.

Insbesondere ist die Schriftform zu wahren und sicherzustellen, dass die zulässige Beschäftigungs- und Befristungsdauer im Unternehmen nicht überschritten wird.

Arbeitnehmerüberlassung

Auch die Entleihe der nötigen Arbeitskräfte im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung kann dem Personalmangel im eigenen Betrieb effektiv entgegenwirken. Allerdings zieht eine Verletzung der strengen Voraussetzungen und Pflichten bei der Arbeitnehmerüberlassung unerwünschte Folgen nach sich. So droht nicht nur die Fiktion eines Arbeitsverhältnisses zwischen dem Entleiher und dem Leiharbeitnehmer, bei der der Entleiher den arbeitsrechtlichen Ansprüchen des Leiharbeitnehmers direkt ausgesetzt ist und auch dessen Sozialversicherung gewährleisten muss. Es drohen auch empfindliche Geldbußen von bis zu 30.000 Euro und im Fall des Einsatzes eines ausländischen Mitarbeiters ohne einschlägige Arbeitserlaubnis sogar von bis zu 500.000 Euro. (Bei mehr als fünf ausländischen Arbeitnehmern in dieser Situation droht sogar Freiheitsstrafe.)

Outsourcing – Fremdvergabe von Aufgaben

Dort, wo fest umrissene Leistungen insgesamt durch ein anderes Unternehmen erbracht werden können, kann auch der Abschluss von Werkverträgen über die Personalenge hinweghelfen. Wieder liegt der Teufel im Detail, denn wer die Anforderungen an eine wirksame Fremdvergabe von Aufträgen/Dienstleistungen nicht erfüllt, sieht sich den Rechtsfolgen einer unzulässigen Arbeitnehmerüberlassung ausgesetzt (s. o.). Außerdem ist zu beachten, dass der Unternehmer nach § 14 Arbeitnehmer-Entsendegesetz für die Einhaltung der geltenden Mindestlohnregelungen und die Abführung der entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge für das beim Auftragnehmer zur Auftragserbringung eingesetzte Personal haftet. Bei der Beauftragung ausländischer Auftragnehmer muss ferner sichergestellt sein, dass diese über alle zur Erbringung der Dienst- oder Werkleistungen in Deutschland erforderlichen Erlaubnisse verfügen. Andernfalls droht auch hier ein Bußgeld von bis zu 500.000 Euro. Im öffentlichen Sektor droht bei Verstößen ferner der Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen, was für viele Unternehmen ihr wirtschaftliches Aus bedeuten kann.

Foto: Halfpoint - stock.adobe.com

Wer darf beschäftigt werden?

Beschäftigung von Geflüchteten aus der Ukraine

Jede illegale Beschäftigung zieht das beschriebene Risiko eines Ausschlusses von öffentlichen Ausschreibungen nach sich, daneben gibt es zahlreiche weitere Sanktionen. Auch deshalb erfordert jede neue Beschäftigung vor allem eine Prüfung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, gegebenenfalls Berufserlaubnis und ordnungsgemäßer Anmeldung zur Sozialversicherung sowie der Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen wie des gesetzlichen Mindestlohns und Arbeitsschutzes. Auch laufende Beschäftigungen sind in regelmäßigen Abständen entsprechend zu kontrollieren. Nicht anders liegt der Fall bei der Einstellung von Geflüchteten aus der Ukraine, auch wenn die Bereitschaft, schnell und unbürokratisch zu helfen, groß ist. Auch hier drohen bei Verstößen die vorstehend angedeuteten Sanktionen. Und auch dem Beschäftigten selbst können Sanktionen bis hin zur Verhängung einer Freiheitsstrafe drohen.

Daran ändern auch die zwischenzeitlich geschaffenen Verfahrenserleichterungen für Geflüchtete aus der Ukraine nichts. Denn auch wenn nach behördeninterner Anweisung mit der Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz gem. § 24 Aufenthaltsgesetz zugleich auch die Arbeitserlaubnis direkt miterteilt werden soll, so muss diese gleichwohl zunächst zwingend beantragt werden und vor Arbeitsaufnahme vorliegen. In der Praxis sehen wir, dass vor allem lange Bearbeitungszeiten bei den zuständigen Behörden das Erteilungsverfahren in die Länge ziehen. Um eine Beschäftigungsaufnahme nicht auch noch durch interne Prozesse zu verzögern, könnte und sollte diese bereits während des laufenden Verfahrens angestoßen werden. Hierzu zählt nicht zuletzt der Abschluss eines – deutsch-ukrainischen – Arbeitsvertrages (Muster u. a. erstellbar über die Luther-Homepage [*https://bit.ly/musterarbeitsvertrag*]) oder dass der neue Mitarbeiter beispielsweise schon einmal in der betrieblichen Infrastruktur des Unternehmens angelegt wird.

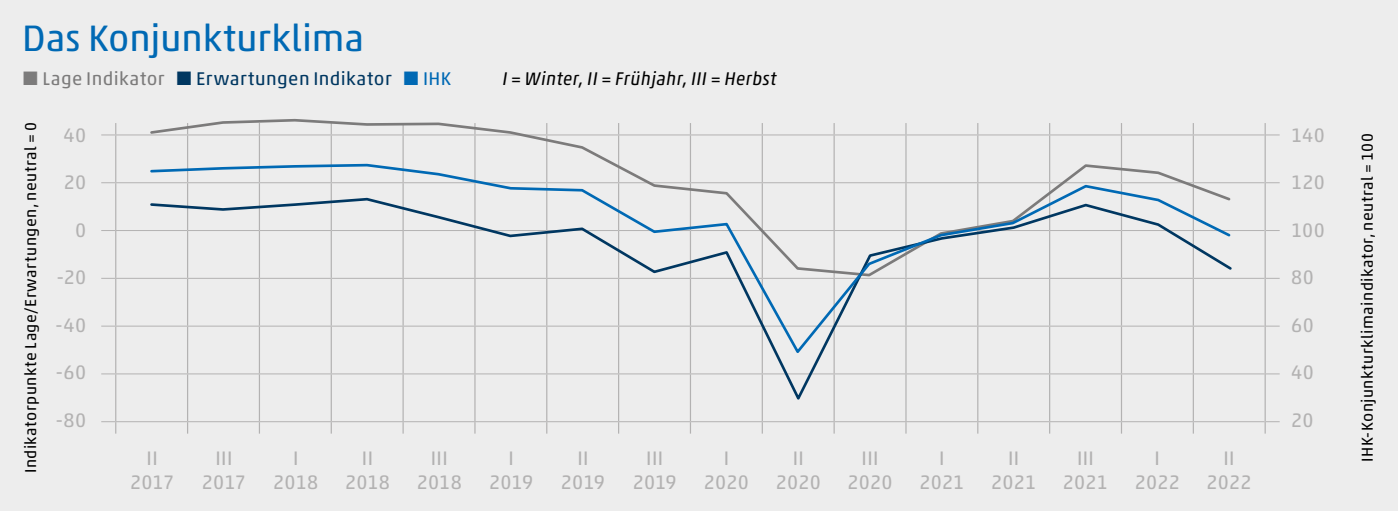
Foto: Jörg Modrow, laif, Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Foto: Jörg Modrow, laif, Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Gastautoren: Paul Schreiner, Partner, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht
Nina Stephan, Senior Associate, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht bei Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

SKEPTISCHE AUSSICHTEN

Konjunkturumfrage der IHK zeigt geringere Hoffnungen auf bessere Lage



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln Frühjahr 2022

Die Energie- und Rohstoffpreise steigen rasant, die weltpolitische Lage beunruhigt, Lieferketten sind teilweise weiterhin massiv gestört und es fehlt an Fachkräften. Dies dämpft das Wachstum der Unternehmen in der Region und bereitet Hoffnungen auf eine bessere Konjunktur einen Dämpfer, wie die aktuelle Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2022 der IHK Köln zeigt. Gegenüber der Vorumfrage fiel der Konjunkturklimaindex für den gesamten Bezirk von 112,7 auf 97,7 Punkte ab.

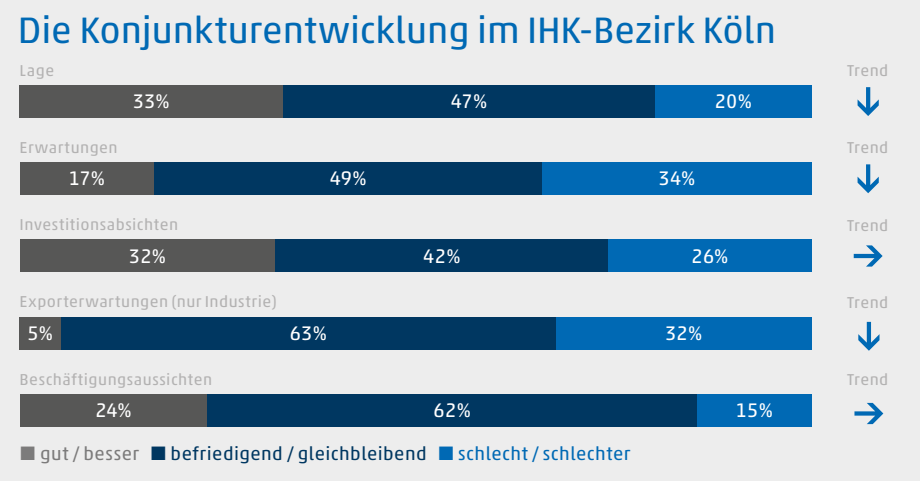
„Der Einbruch ist angesichts der vielen Schwierigkeiten für Betriebe nicht erstaunlich. Der Krieg inmitten von Europa hat nicht nur zu einem drastischen Anstieg von Energie- und Rohstoffpreisen geführt, sondern auch zu einer massiven Verunsicherung von Wirtschaft und Gesellschaft“, sagt Thorsten Zimmermann, Leiter des Geschäftsbereichs Wirtschaft und Politik der IHK Köln. „Besonders die Industrie leidet unter den hohen Preisen für Energie und Rohstoffe sowie den anhaltenden Problemen mit Lieferketten. Allerdings kann sich die schlechte Stimmung bei einer Beruhigung der weltpolitischen Lage auch schnell wieder ändern, denn die Beurteilung der augenblicklichen Lage ist bei den Unternehmen noch überwiegend gut oder befriedigend.“

IHK-Bezirk im Überblick

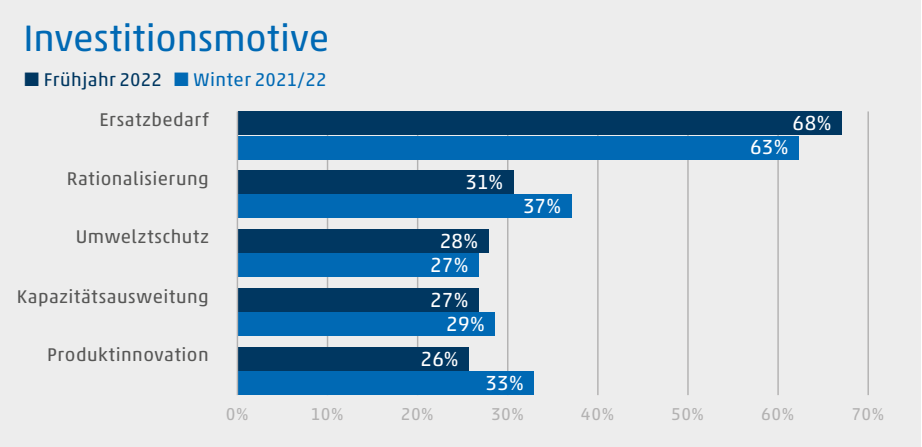
Insgesamt beurteilen die Betriebe ihre Geschäftslage weniger positiv als noch zu Beginn des Jahres 2022. Der Lageindikator sank von 24 auf 14 Punkte. Für ein Drittel der Befragten stellt sich die Lage gut dar, jedes fünfte Unternehmen klagt allerdings über eine schlechte Geschäftslage. Fast die Hälfte der Betriebe (47 Prozent) gibt an, dass sie ihre Geschäftslage als befriedigend ansieht. Doch gibt es zwischen den einzelnen Branchen teilweise erhebliche Unterschiede: Verbrauchernahe Dienstleistungen, Gesundheitswirtschaft und Industriezweige wie der Fahrzeugbau melden häufig eine schlechte Lage. Die Situation für Hotels und Gaststätten hat sich aufgrund umfassender Lockerungen bei den Corona-Beschränkungen deutlich verbessert. 3G-Kontrollen sind hier bspw. aktuell nicht mehr notwendig.

Die Befragten sehen die Aussichten für die kommenden zwölf Monate im IHK-Bezirk Köln aufgrund der Eindrücke des Ukraine-Kriegs eher skeptisch. 34 Prozent der Betriebe rechnen damit, dass sich ihre Lage verschlechtern wird. Nur noch 17 Prozent glauben an eine Verbesserung ihrer Situation. Besonders Industriebetriebe fürchten eine ungünstige Entwicklung ihrer Lage (45 Prozent). Noch düsterer scheinen die Aussichten für Fahrzeugbauer, hier gehen 91 Prozent von einer schlechteren Lage aus.

Allerdings wollen die Betriebe trotz der schwierigen Situation rund um die Nachwirkungen der Coronapandemie und die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs weiterhin investieren. Die Bereitschaft zu Investitionen hat sich nur geringfügig verschlechtert. Aktuell plant noch jeder dritte Betrieb mit höheren Investitionen, nur jede vierte Firma möchte solche Ausgaben künftig reduzieren. Die größten Investitionsmotive für die Befragten sind neben Ersatzbedarf vor allem Themen wie Umweltschutz oder Rationalisierung.



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln Frühjahr 2022



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln Frühjahr 2022

Teure Energie und Exportwarnungen

Es gibt viele Gründe, wieso die Unternehmen im IHK-Bezirk Köln derzeit eher sorgenvoll in die Zukunft blicken. 81 Prozent der Befragten nennen gestiegene Energie- und Rohstoffkosten als Hauptrisiko für ihren Betrieb. Die erhöhten Kosten für Energie wirken sich darüber hinaus auch längst auf andere bezogene Waren aus, für die 74 Prozent der Unternehmen bereits mehr Geld ausgeben müssen. 57 Prozent der Betriebe nennen den Fachkräftemangel als Hemmnis für den Geschäftserfolg. Ein Drittel der Unternehmen in der Region gibt höhere Preise bereits an seine Kunden weiter, ein weiteres Drittel plant, künftig diesen Schritt zu gehen. 63 Prozent der Befragten geben steigende Arbeitskosten als zusätzlichen Druck an, dem sich die Betriebe gegenübersehen.

Schwierigkeiten gibt es auch bei Exporten. Hier sind die Betriebe mit vielen unterschiedlichen Problemen konfrontiert. Gegenüber dem Jahresbeginn sank der Exportindikator bei den Industrieunternehmen um 29 Punkte. 63 Prozent der Industriebetriebe rechnen weiterhin mit einer angespannten Situation bei Exporten. Lediglich fünf Prozent der Unternehmen dieser Branche rechnen mit steigenden Exporten. Allerdings belasten die exportorientierten Firmen große Schwierigkeiten und Unsicherheiten. Aktuelle Exportergebnisse deuten allerdings nicht auf einen Einbruch hin. Neben höheren Preisen für Energie- und Rohstoffe sind aufgrund der Coronapandemie zahlreiche Lieferketten weiterhin gestört. So bekommen die Betriebe den Schiffsstau im chinesischen Schanghai aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen gegen das Coronavirus mit harten Lockdown-Maßnahmen zu spüren. Keine großen Veränderungen planen die Betriebe bei ihrer Einstellungsbereitschaft. Diese ist trotz der gedämpften Erwartungen weiterhin hoch und hat sich kaum verringert. Bei Industrieunternehmen ist jedoch mit einem Stellenabbau zu rechnen. Vor allem die Branchen, in denen es wieder deutlich besser läuft, wie das Hotel- und Gastgewerbe, suchen hingegen vermehrt wieder nach Personal.

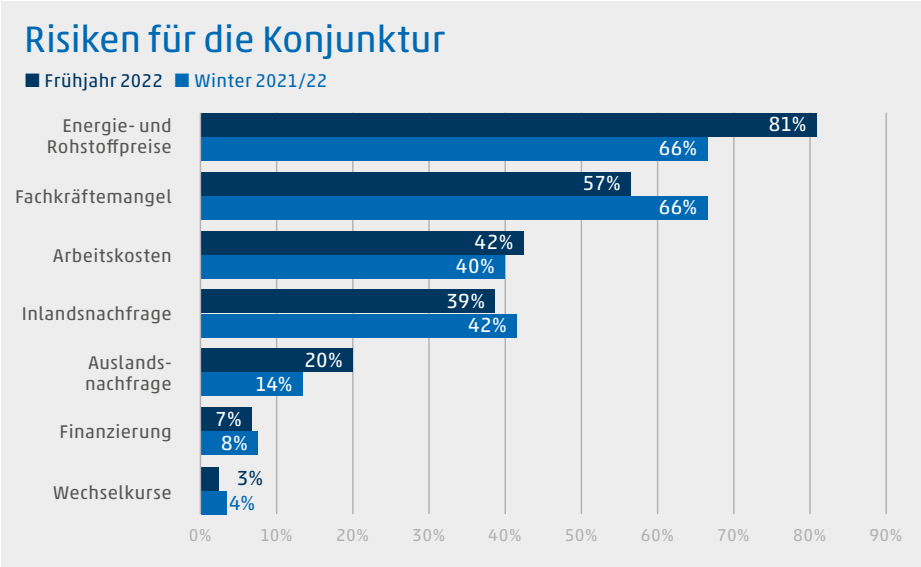
Lokale Ergebnisse

Die Unternehmen aus Köln sehen derzeit keine großen Veränderungen bei ihrer Geschäftslage. 39 Prozent der Betriebe geben weiterhin eine gute Lage an (Vorumfrage: 43 Prozent). 17 Prozent bewerten die Lage als schlecht, hier gab es im Vergleich zur Vorumfrage keine Veränderung. Allerdings gehen die Betriebe in der Domstadt zurückhaltender mit ihrer Erwartungshaltung um. Jedes vierte Unternehmen geht in den kommenden zwölf Monaten von einer ungünstigen Entwicklung aus, 19 Prozent glauben daran, dass sich ihre Geschäftslage künftig verbessern wird. Die Kölner Betriebe planen weiterhin mit positiven Investitions- und Beschäftigungsplänen. 38 Prozent der Betriebe wollen ihre Investitionen ausbauen, 29 Prozent der Befragten aus der Domstadt wollen künftig mehr Mitarbeiter einstellen. Nur elf Prozent der Unternehmen in Köln wollen Stellen reduzieren. Als Haupthemmnisse und Risiken betrachten die Betriebe steigende Energie- und Rohstoffpreise (73 Prozent), den Fachkräftemangel (58 Prozent) und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (44 Prozent).

Die Geschäftslage der Betriebe in Leverkusen hat sich gegenüber der Vorumfrage geringfügig verschlechtert. 40 Prozent (Vorumfrage: 46 Prozent) melden eine gute Lage, 17 Prozent eine schlechte Lage (Vorumfrage: 18 Prozent). Die Erwartungshaltung an die kommenden zwölf Monate hat sich ebenfalls nur geringfügig verändert. Jeder vierte Betrieb geht von einer Verschlechterung der Situation aus, 15 Prozent glauben an eine Verbesserung. Die Investitionsbereitschaft ist allerdings deutlich gesunken. 35 Prozent planen geringere Investitionen, nur 25 Prozent wollen das Budget dafür erhöhen. Der Beschäftigungsindikator konnte allerdings zehn Punkte zulegen.

Die Befragten im Rheinisch-Bergischen Kreis bewerten ihre Lage als deutlich schlechter im Vergleich zur Vorumfrage. Nur 14 Prozent bewerten ihre Geschäftslage als gut (Vorumfrage: 29 Prozent). 29 Prozent melden eine schlechte Lage (Vorumfrage: 13 Prozent). Mit einer positiven Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten rechnen nur zehn Prozent der Betriebe aus dieser Region. 56 Prozent gehen von einer ungünstigen Entwicklung aus (Vorumfrage: 20 Prozent).

Die Beurteilung der Geschäftslage im Rhein-Erft-Kreis hat sich ebenfalls verschlechtert. 29 Prozent der Befragten



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln Frühjahr 2022

melden eine gute Lage (Vorumfrage: 34 Prozent), 17 Prozent eine schlechte (Vorumfrage: 14 Prozent). Allerdings ist die Erwartungshaltung in dem Landkreis links des Rheins deutlich schlechter als noch bei der Befragung zum Jahresbeginn. Mit 16 Prozent glauben fast genauso viele Betriebe an eine Verbesserung der Situation. Allerdings rechnen 42 Prozent mit einer Verschlechterung ihrer Situation (Vorumfragen: 25 Prozent).

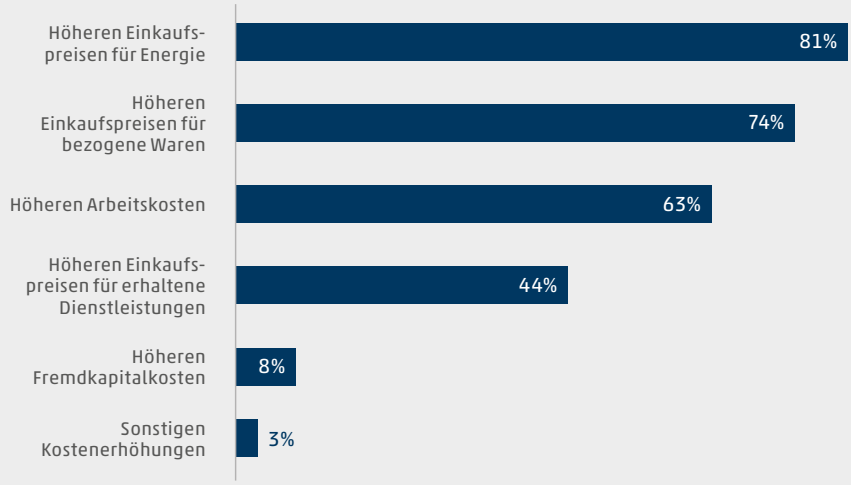
Die Betriebe im Oberbergischen Kreis bewerten ihre Geschäftslage in diesem Frühjahr ebenfalls schlechter als noch bei der Vorumfrage. 33 Prozent der Unternehmen melden eine gute Lage (Vorumfrage: 44 Prozent), 23 Prozent der Befragten melden eine schlechte (Vorumfrage: 16 Prozent). Auch die Erwartungshaltung der Betriebe ist nicht mehr so positiv. 21 Prozent gehen von einer besseren Geschäftsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten aus (Vorumfrage: 23 Prozent). Dem stehen 34 Prozent gegenüber, die an eine Verschlechterung ihrer Situation glauben (Vorumfrage: 15 Prozent).

An der Frühjahrsumfrage der IHK Köln zur Konjunktur haben 530 Unternehmen aus Köln, Leverkusen, dem Rhein-Erft-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Oberbergischen Kreis teilgenommen. Die Umfrage wurde vom 21. März bis zum 22. April 2022 durchgeführt und steht damit unter dem Eindruck der Entwicklungen um den bewaffneten Konflikt in der Ukraine.

Christian Esser

Preisentwicklung

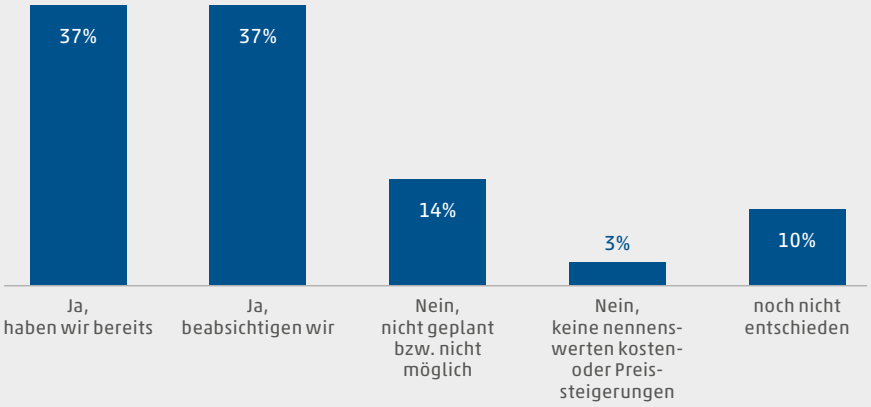
Von welchen Kostenerhöhungen ist Ihr Unternehmen besonders betroffen?



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln Frühjahr 2022

Preisentwicklung

Von Geben Sie Kostenerhöhungen an Ihre Kundschaft weiter?



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln Frühjahr 2022

ERNTEFRISCH VERARBEITET
100% aus Österreich
AUSTRIA BIO GARANTIE AT-BIO-301 ... zertifiziert!
Die beste Medizin ist die Natur
Aronia Bio-Saft 4.9/5 SEHR GUT Apotheke.BLOG 03/2021 Aronialand

ARONIALAND®
DAS ORIGINAL AUS ÖSTERREICH
ARONIALAND®
DAS ORIGINAL AUS ÖSTERREICH
Ebbs Bezirk Kufstein Tirol
Marketing + Vertrieb Alfred Glarcher
Josef Lengauer Straße 14 • 6341 Ebbs
A: +43 5373 20 600
D: +49 8033 6929 190
Mail: office@aronialand.at
www.aronialand.at

ALTERNATIVE: WÄRMEPUMPEN

Studie verdeutlicht Potenziale einer Umstellung

Wärmepumpen haben große Sparpotenziale für Verbraucher

Eine aktuelle Studie des DIW Berlin nimmt Bezug auf den raschen Ausbau von Wärmepumpen. Der Vorteil: Erdgasimporte würden so sinken, der Strombedarf steigt allerdings. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsste weiter vorangetrieben werden. Die Studienautoren sehen allerdings auch einige Problemfehler, die gelöst werden müssten.

Es werden viele Wege gesucht, um die Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu verringern. Eine Studie der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zeigt auf, dass Kosten im Vergleich zum Ist-Zustand sogar eingespart werden könnten. Wärmepumpen ermöglichen einen Nutzen für Wohnungen, bei denen die Umweltwärme genutzt wird. Doch dafür braucht es ausreichend Strom. „Eine wichtige Rolle für einen beschleunigten Umstieg auf Wärmepumpen spielt daher die Erhöhung der erneuerbaren Stromerzeugung“, so Studienautor Wolf-Peter Schill. „Insbesondere der Ausbau der Fotovoltaik kann die wachsende Stromnachfrage befriedigen, denn die Kapazitäten der Windkraft dürften im betrachteten Zeitraum nicht beliebig steigerbar sein.“

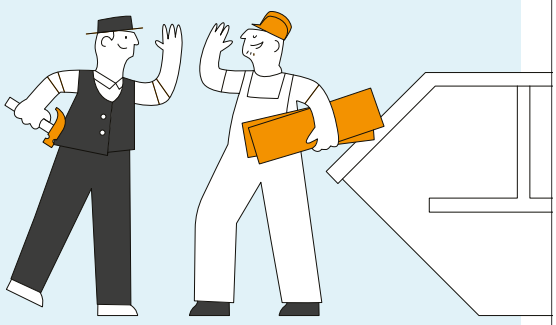
Der Strom für Wärmepumpen könnte vor allem aus erneuerbaren Energiequellen kommen. Derzeit wird etwa die Hälfte aller Wohnungen in Deutschland noch mit Erdgas beheizt. Bei Neubauten wird seit einigen Jahren verstärkt auf Wärmepumpen gesetzt. Die Studienautoren haben mit einem Open-Source-Stromsektorenmodell verschiedene Szenarien für das Jahr 2030 durchgerechnet und ermittelten, wie sich der Stromsektor und die Kosten für den Ausbau der Wärmepumpen entwickeln könnten. Die Forscher gehen davon aus, dass jede zusätzlich verbaute Wärmepumpe ein erdgasbasiertes Heizungssystem ersetzen könnte. Die Studienautoren ermittelten, je höher der Preis für Erdgas ist, desto größer ist der finanzielle Nutzen einer Umstellung auf Wärmepumpen. Liegt der Erdgaspreis bei 30 Euro je Megawattstunde und der CO2-Preis bei 130 Euro je ausgestoßene Tonne, sind die gesamtwirtschaftlichen Kosten für Wärmepumpen noch geringfügig über dem Kostenniveau für Erdgasheizungen. Bei einem Gaspreis von 60 Euro je Megawattstunde wäre der Nutzen im Vergleich zum Erdgas deutlich größer.

Doch gibt es einige Probleme, die künftig aus dem Weg geschafft werden müssten. Die Politik müsse handeln. „So sollten künftig etwa Abgaben und Umlagen auf Stromtarife so gestaltet werden, dass sie dem Ausbau von Wärmepumpen nicht im Wege stehen“, empfiehlt Studienautor Roth. Große Bedeutung habe die Erweiterung von Produktionskapazitäten. Zudem bräuchte es mehr ausgebildete Fachkräfte. Eine Umrüstung auf Wärmepumpen könnte eine finanzielle Förderung ermöglichen. So könne die Energieeffizienz im Gebäudebestand deutlich gesteigert werden. „Ein koordiniertes Bündel von Maßnahmen für den Umstieg auf Wärmepumpen würde die Importabhängigkeit von Erdgas erheblich reduzieren, einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten und wichtige industriepolitische Impulse setzen“, bilanziert Roth.

Christian Esser

Von Profis für Profis

Wir haben passende Container, Abfallbehälter und Serviceeinrichtungen. Maßgeschneidert für Ihre Ansprüche und Leistungen.



Wir sind da. T 0800 376 0800 EGN

WEISSE FLECKEN SCHLIESSEN

Köln treibt Glasfaserausbau voran

Foto: NetCologne/Markus Becker

Baubeginn für weitere Glasfaserarbeiten in Köln

Die Stadt Köln will ihre digitale Infrastruktur weiter ausbauen und mithilfe des Breitbandprojekts „Weiße Flecken Köln" jetzt auch die Orte erschließen, die zuvor weniger als 30 Megabit pro Sekunde zur Verfügung hatten. Stadt, Land und Bund investieren etwa 33 Millionen Euro, um eine zukunftssichere Glasfaseranbindung für betroffene Orte zu schaffen. Mitte 2025 soll der Ausbau abgeschlossen sein.

In Köln gibt es aktuell noch einige „weiße Flecken", doch das soll sich nun ändern. Mit dem Breitbandprojekt sollen über 17.000 Wohn- und Geschäftseinheiten in Köln mit Glasfaser versorgt werden. Dazu gehören auch sechs Schulen in privater Trägerschaft sowie ein Krankenhaus. Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker, NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart, Michael Witte, Fördermittelberater der atene KOM, der Projektträger des Bundes, und Timo von Lepel, Geschäftsführer der NetCologne, stellten das Breitbandprojekt „Weiße Flecken Köln" vor. Mit rund 230 Kilometern Tiefbau erstreckt sich das Projekt über das gesamte Kölner Stadtgebiet. Die „weißen Flecken" sollen bis Juni 2025 nun mit nachhaltiger Technologie ausgestattet werden, die auch für zukünftige Anforderungen die höchstmögliche Geschwindigkeit beim Datentransport sichern soll. Dafür werden die Glasfaserleitungen nicht nur direkt bis in die einzelnen Gebäude verlegt, sondern auch die Inhausleitungen, die teils noch aus Kupfer bestehen, werden durch Glasfaser ersetzt. NetCologne wurde mit dem Projekt beauftragt und soll den Ausbau durchführen.

Um das Projekt vollständig durchzuführen, werden Haushalte und Gewerbe, die von dem Breitbandausbau profitieren sollen, von der Stadt Köln und NetCologne individuell angeschrieben. So sollen umfassende Informationen zum Ausbau übermittelt werden. Da sich die Ausbauarbeiten nicht nur auf den öffentlichen Raum beschränken, sondern auch auf Privatgrundstücke, müssen die Eigentümer in einem ersten Schritt eine Einverständniserklärung abgeben, damit die Gebäude ans Glasfasernetz angeschlossen werden können.

„Durch eine vorausschauende Planung und die konsequente Nutzung von Förder-Upgrades hat die Stadt Köln das Bundesförderprogramm Gigabit vorbildlich genutzt, um ihren Bürger*innen, Unternehmen und Institutionen auf Dauer ein leistungsfähiges Netz zur Verfügung zu stellen – und damit das Rückgrat für eine nachhaltige Entwicklung als Gigabit-Stadt und für eine smarte Region zu bieten", sagt *Tim Brauckmüller, Geschäftsführer, atene KOM, Projektträger des Bundes*.

„Wir wollen unsere Heimatstadt zur Modellstadt für digitale Infrastruktur machen. NetCologne hat in Köln schon heute mit Abstand das dichteste Glasfasernetz und damit die ideale Basis für den weiteren Ausbau geschaffen. Unser Ziel sind 100 Prozent Glasfaser für Köln. Wir freuen uns sehr, dass wir nun mit Unterstützung von Stadt, Land und Bund die letzten unterversorgten Bereiche ins Gigabit-Zeitalter katapultieren", sagt *Timo von Lepel, Geschäftsführer von NetCologne*.

Stimmen zum Glasfaserausbau:

„Ein flächendeckendes Gigabitnetz ist von zentraler Bedeutung für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Köln. Wir verfügen schon heute über eine der besten digitalen Infrastrukturen in Deutschland. Mit dem Gigabit-Masterplan wollen wir diese Position weiter ausbauen. Durch die beiden Förderverfahren der weißen und grauen Flecken und das hohe privatwirtschaftliche Engagement in Köln werden wir Hamburg als bisherige bestversorgte Stadt überholen", sagt *Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker*.

„Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, als Gesellschaft auf eine leistungsstarke digitale Infrastruktur zurückgreifen zu können. Die Stadt Köln nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein und treibt den Gigabitausbau mit großem Engagement voran. Ich freue mich, dass wir sowohl mit der Kofinanzierung des Bundesbreitbandprogramms als auch mit unseren Gigabit- und Mobilfunkkoordinatoren in Köln einen wichtigen Beitrag hierfür leisten konnten", so *NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart*.

Christian Esser

VONOVIA IN KÖLN-NIEHL

Fertigstellung der Dachgeschossaufstockungen im Kölner Stadtteil Niehl

Foto: Vonovia / Bierwald

Alle Wohnungen sind mit Balkonen ausgestattet, die zum Verweilen im Grünen einladen

Foto: Vonovia / Bierwald

Zehn neue Wohnungen sind durch Dachgeschossaufstockungen in der Schlenderhaner Straße entstanden

Besonders in Großstädten wie Köln fehlt es häufig an freien Bauflächen, um neue Wohnungen zu bauen. Das Wohnungsunternehmen Vonovia hat daher in Köln-Niehl ohne zusätzlichen Flächenverbrauch neuen Wohnraum geschaffen: In der Schlenderhaner Straße 1 bis 9 wurden Anfang April Dachgeschosse aufgestockt.

Auf diese Art wurden insgesamt mehr als 620 Quadratmeter Wohnfläche zusätzlich gewonnen. Dabei entstanden zehn neue Zweizimmerwohnungen mit Balkonen und Einbauküchen. Die ca. 60 Quadratmeter großen Wohnungen wurden jeweils mit einer Fußbodenheizung sowie neuwertigem PVC-Bodenbelag ausgestattet. Die Anfang April fertiggestellten Wohnungen konnten größtenteils bereits vermietet werden und wurden ab Mitte April bezogen. Lediglich zwei Wohnungen sind derzeit noch frei. Die Kaltmiete pro Einheit liegt bei 14,50 Euro pro Quadratmeter. Insgesamt betrugen die Kosten für das Projekt knapp 1,9 Millionen Euro.

Aufstockung von Dachgeschossen für mehr Wohnraum

Nach Fertigstellung der neuen Wohnungen betonte Vonovia-Regionalbereichsleiter Sascha Steiner: „Mehr Wohnraum ist wichtig, um die Stadt Köln weiterhin attraktiv zu halten und den steigenden Mietpreisen entgegenzuwirken. Wir wollen in kurzer Zeit neue und qualitativ hochwertige Wohnungen zu angemessenen Preisen bauen. Mit der Fertigstellung der Dachgeschossaufstockungen in der Schlenderhaner Straße haben wir einen weiteren Schritt gemacht, um dieses Ziel zu erreichen.“

Vonovia: immer auf der Suche nach Antworten

Vonovia bietet bereits rund einer Million Menschen in Deutschland ein Zuhause. Das Wohnungsunternehmen steht somit mitten in der Gesellschaft, weshalb die Aktivitäten von Vonovia niemals nur eine wirtschaftliche, sondern immer auch eine gesellschaftliche Perspektive haben. Das Unternehmen beteiligt sich daher auch daran, Antworten auf die aktuellen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt zu finden. Zudem setzt sich Vonovia für mehr Klimaschutz, mehr altersgerechte Wohnungen und für ein gutes Zusammenleben in den Quartieren ein. In Kooperation mit sozialen Trägern und den Bezirken unterstützt das Wohnungsbauunternehmen sowohl bei sozialen als auch für kulturellen Projekten, die das nachbarliche Gemeinschaftsleben bereichern. Und nicht zuletzt beteiligt sich Vonovia an der im Moment besonders wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe: dem Bau neuer Wohnungen.

Kunden stehen im Mittelpunkt

Im Mittelpunkt des Handelns stehen bei Vonovia die Kunden und ihre Bedürfnisse. So kümmern sich vor Ort Objektbetreuer und eigene Handwerker um die Anliegen der Mieter. Diese Kundennähe sichert einen schnellen und zuverlässigen Service. Zudem investiert Vonovia großzügig in die Instandhaltung der Gebäude und entwickelt wohnungsnahe Dienstleistungen für mehr Lebensqualität.

Foto: Vonovia / Bierwald

Die Wohnungen sind durch offene Wohnungsschnitte und große Fenster hell und einladend gestaltet

Anzeige

KOMPETENZZENTRUM IM KÖLNER SÜDEN

Optimale medizinische Versorgung mit einem klaren Konzept

Die Facharztpraxen und der Klinikbereich in der Klinik LINKS VOM RHEIN versorgen jedes Jahr mehr als 80.000 Patienten

Seit fast 20 Jahren ist die Klinik LINKS VOM RHEIN in Rodenkirchen als medizinisches Kompetenzzentrum im Süden Kölns bekannt. Mit einem klaren Konzept, das die optimale Versorgung und die Sicherheit der Patienten in den Vordergrund stellt. Im Klinikbereich für ambulante und stationäre Operationen werden jedes Jahr mehr als 6.000 Eingriffe durchgeführt.

Die Klinik LINKS VOM RHEIN in Rodenkirchen hat ihren festen Platz in der medizinischen Versorgung. Die Patienten kommen aus Köln und dem direkten Umland und immer häufiger auch aus dem nahe gelegenen Ausland. Die hier aufgeführten Ärzte sind auch operativ tätig, ihre Praxen befinden sich im Haus. Weitere niedergelassene Ärzte aus dem Kölner Raum kommen als externe Operateure hinzu.

Die Anästhesiologie

Sie arbeitet interdisziplinär und stellt das Bindeglied zwischen Operateur und Patient dar. Die Anästhesiologiepraxis ASG steht seit mehr als 20 Jahren für die kompetente anästhesiologische Betreuung von ambulanten und stationären Patienten. Ein Schwerpunkt ist die Kinderanästhesie. Die behandelnden Ärzte sind Michael König, Tom Kurthen und Kollegen.

Das Augenzentrum

Es bietet ein großes Spektrum augenärztlicher Diagnostik und Therapie auf der Basis hoher Fachkompetenz und modernster medizinischer Technik. Im Mittelpunkt steht die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Ärzte mit ihren Patienten. Neben der allgemeinen bildet die operative Augenheilkunde den Schwerpunkt des Zentrums. Heinz-Günther Göddertz, Dr. Stefan Christmann und Kollegen sind das Ärzteteam für diesen Bereich.

Die Hals-Nasen-Ohren-Spezialisten

Sie decken das konservative und einen Großteil des operativen Spektrums der HNO-Heilkunde ab und behandeln Patienten mit allen Krankheitsbildern in diesem Bereich – von der Diagnose bis zur Genesung. Die sehr erfahrenen Operateure führen die Nasenoperationen besonders schonend durch und verzichten auf das Legen von Tamponaden. Dr. Stephan Leuwer und Dr. Gero Quante sind die dort verantwortlichen Experten.

Fotos: Klinik links vom Rhein / fotoatelier sued

Die Bettenstation in der Klinik LINKS VOM RHEIN versorgt die stationären Patienten in persönlicher Atmosphäre

Neurochirurgie und operatives Wirbelsäulenzentrum

Die Bandbreite der sehr erfahrenen Neurochirurgen reicht von minimalinvasiven Therapieverfahren (Periradikuläre Therapie (PRT), Facettentherapie) über mikrochirurgische Operationen an der Wirbelsäule in 3-D-Technik (Bandscheibenvorfall, Spinalkanalstenose) und stabilisierende Operationen (Spondylodese, Kyphoplastie) bis hin zu schmerztherapeutischen Eingriffen (Schmerzschrittmacher) und Chirurgie der Nerven (beispielsweise Karpaltunnelsyndrom). Es ist das Fachgebiet von Dr. Djamschid Akbarpour, Dr. André Seeliger, Stephan Carl Wenzel und Kollegen.

Die Endoskopie/operative Frauenheilkunde

Der Schwerpunkt liegt in der schonenden minimalinvasiven Chirurgie (Schlüssellloch-Chirurgie) bei starken Regelschmerzen, Blutungsstörungen, unerfülltem Kinderwunsch und zahlreichen anderen „Frauenleiden“. Der zuständige Arzt ist Sebastian Effinger.

Die Sporttraumatologie, Orthopädie und Gelenkchirurgie

Sie ist spezialisiert auf eine umfassende und sorgfältige Diagnostik, um Sportverletzungen sowie Erkrankungen der Gelenke und der Bewegungsorgane so schnell wie möglich zu heilen. Im Mittelpunkt steht die Gelenkarthrose, die vielfältige Ursachen haben kann. Für die optimale Behandlung werden individuelle Therapiekonzepte entwickelt. Dort kümmern sich Prof. Dr. Jürgen Höher, PD Dr. Oliver Greshake, PD Dr. Maurice Balke, Sandro Meider und ihr Team um die Patienten.

Die Ärzte arbeiten bei Bedarf interdisziplinär zusammen: Kurze Wege für die Patienten.

Die Plastische & Ästhetische Chirurgie

Diese beinhaltet das gesamte Spektrum der ästhetischen und rekonstruktiven Brustchirurgie, Straffungsoperationen, Blepharoplastiken, tumorbedingte chirurgische Eingriffe im Gesicht und am Körper, Narbenbehandlungen sowie die konservative ästhetische Medizin. Es ist das Fachgebiet von Dr. Philipp Richrath und Andreas L. Wüst.

Die Urologie

Sie ist als „Urologie mit Herz im Süden von Köln“ bekannt und bietet konservative und operative Urologie auf höchstem Niveau, in der die Patienten im Mittelpunkt stehen. Schwerpunkte unserer Urologie sind die Uroonkologie mit einem besonderen Fokus auf Vorsorge, Diagnostik und Therapie des Prostatakarzinoms und Blasenkarzinoms, die gutartige Prostatavergrößerung und die Urologie der Frau. Seit Ende 2020 setzen wir in der Lasertherapie von Prostata und Harnsteinen auf einen neuartigen Thulium-gepulsten Laser und bewegen uns damit am Puls der Zeit.

Weitere Praxen und Partner

Neben diesen Facharztpraxen sind weitere Facharztpraxen in der Klinik LINKS VOM RHEIN ansässig: Dermatologie/Allergologie/Dermato-Chirurgie, Internisten/Gastroenterologie, Kieferchirurgie/Implantologie, Kinder- und Jugendmedizin, Neurologie/Psychiatrie/Psychotherapie/Coaching, Zahnheilkunde und Zahnmedizin.
Komplettiert wird das Angebot durch den Bereich Ästhetische Medizin und die folgenden Partner: Apotheke, Physiotherapie, Kosmetisches Institut/medizinische Fußpflege, Medizintechnik.

In der immer noch aktuellsten Umfrage des Handelsblatts „Deutschlands beste Kliniken“ hat die Klinik LINKS VOM RHEIN in der Kategorie Anästhesiepraxen/Praxiskliniken den 1. Platz belegt und wurde als beste Klinik ausgezeichnet.

SO, KÖLN!

#EMOBIL

Foto: Frank Überall

Der Journalist, Autor und Vorsitzende des DJV Frank Überall findet, dass ein sinnvolles Konzept im Umgang mit E-Scootern und Leihrädern dringend geboten ist

Auf Kölns Bürgersteigen zu flanieren, kann manchmal zum echten Abenteuer werden. Plötzlich steht da ein „Tier". Oder ein Lime, ein Circ oder wie die Anbieter moderner E-Scooter alle heißen. Die ganze Stadt ist voll davon, und immer wieder werden sie so abgestellt, dass sie den Weg versperren. Zu Fuß gehen wird so zum Abenteuer, weil Rücksichtslose es nicht auf die Reihe bekommen, die bequem mietbaren Fahrzeuge ordentlich zu parken. Und überhaupt scheint der Umgang mit den E-Scootern nicht besonders eingeübt zu sein. Ständig gibt die Kölner Polizei Meldungen heraus, in denen sie oft gleich gesammelt über Unfälle mit den kleinen Flitzern berichten.

Eine weitere Alternative für die schnell mietbare Mobilität sind Fahrräder mit und ohne Elektroantrieb. Sie stehen ebenfalls an den Straßenecken und auf den Bürgersteigen und können mittels Smartphone-App geliehen werden. Leider aber haben diese Geräte kein besseres Schicksal als ihre kleinen elektrischen Schwestern und Brüder: Auch sie stehen oft im Weg. Und auch sie werden häufig Opfer wüster Randale. Da müssen Fahrzeuge aufwendig aus dem Rhein gefischt werden, andere liegen in Parks herum, wieder andere werden nachts auf die Straße geschmissen.

Eigentlich sind solche alternativen Nahverkehrsmittel eine tolle Idee. Es sollen sogar noch mehr werden. In einigen Stadtteilen sollen bald unter Federführung der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) Lastenräder im ähnlichen System für Spontanleihe zur Verfügung gestellt werden. Die Räder, mit denen man schweres Gut transportieren kann, werden dann sogar einen elektrischen Hilfsmotor haben. Die Frage ist nur, wie lange sie unversehrt im Stadtgebiet stehen bleiben. Werden sie das gleiche Schicksal erleiden wie die anderen Fahrgelegenheiten?

Konzept zum Schutz von E-Scootern und Leihrädern

Köln braucht ein Konzept, wie E-Scooter und Leihräder besser geschützt und einfacher angeboten werden können. Bei der Vielzahl der verschiedenen Firmen muss man sich schon eine Menge Apps auf das Mobiltelefon laden, um tatsächlich spontan losfahren zu können. Darüber hinaus ist die Gewalt gegen solche Sachen so umfassend, dass es keinen Sinn mehr zu machen scheint, die Fahrgelegenheiten sich selbst zu überlassen.

Hinzu kommt, dass elektrisch betriebene Roller und Räder als besonders umweltfreundlich empfohlen werden. Diesem Ziel entspricht es aber nicht unbedingt, wenn am späten Abend schmutzige Diesellaster durch die Stadt fahren, um die Mini-Fahrzeuge einzusammeln und ihre Batterien zentral aufzuladen. Aus einer guten Idee wird so eine Sünde aus logistischer Denkfaulheit.

Wir brauchen ein umfassendes Konzept, wie mit dieser modernen Mikro-Mobilität umgegangen werden soll. Zentrale Abstellplätze, an denen die Fahrzeuge angemietet und zurückgegeben werden, wären ein Lösungsansatz. Natürlich müsste es dann genug solcher Stellen geben – also mehr als KVB-Haltestellen, um mal einen Orientierungspunkt zu bieten. An solchen zentralen Plätzen wäre es dann auch einfacher möglich, zumindest mittelfristig elektrische Ladepunkte einzurichten und sie nachhaltig zu überwachen, damit der Vandalismus eingedämmt wird.

Statt Lösungsansätzen Gebührenerhöhung

Bisher sind solche Ansätze nicht erkennbar, sie werden nicht einmal diskutiert. Stattdessen sind für E-Roller die städtischen Gebühren leicht angehoben worden. Solche Kosten scheinen die Betreiber aber nicht wirklich abzuschrecken. Ein Blick auf Straßen und Gehwege zeigt eindrucksvoll, dass es sich nach wie vor zu lohnen scheint, möglichst viele der kleinen Räder in die Stadt zu packen. Was aber macht die Stadtverwaltung mit dem zusätzlich eingenommenen Geld? Es wäre sinnvoll, es zu investieren in Pilotprojekte für dezentrale Abstellplätze. In einem ersten Schritt könnte es für Nutzerinnen und Nutzer beispielsweise günstiger sein, die Spontan-Fahrzeuge dort abzustellen – indem sie einen Rabatt bekommen. Der Wildwuchs der Roller und Räder würde damit zumindest etwas reduziert, und es könnte ausprobiert werden, ob solche Stellplätze akzeptiert werden. Die geplanten großen Lastenräder wird man ohnehin nicht auf den oft zu schmalen Bürgersteigen einfach abstellen können.

Gastautor: *Prof Dr. Frank Überall lebt als freier Journalist in Köln. Er berichtet unter anderem für den WDR und die ARD, lehrt an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln Journalismus und Sozialwissenschaft und ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Als Autor politischer Sachbücher ist er Mitglied in der Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum.*

Unzufrieden mit Ihrer IT?

Sprechen Sie uns an.
Wir beraten Sie gerne - kostenlos!

02204 / 586 120-0

info@smartworx.de
www.smartworx.de

smartworx®
IT-Beratung - Vertrieb - Service

Zum Alten Wasserwerk 9
51491 Overath

NetCologne
IT kütt
von uns.
Bei NetCologne ist mehr für Sie drin: Business-IT,
Internet und Telefonie aus einer Hand.
Thiemo Funke
Vertriebsspezialist
NetCologne IT Services
netcologne.de/itk
Uns verbindet mehr.